

RegioCOP

regionale Klimakonferenz

11. - 21. November 2024

WIR HOLEN DIE
KLIMAKONFERENZ
NACH BAYREUTH &
OBERFRANKEN!

ERGEBNISDOKUMENT

- *Endfassung* -



Inhaltsverzeichnis

1.	Berichte aus den 16 Teilkonferenzen.....	3
1.1.	Teilkonferenz Kommunaler Klimaschutz.....	3
1.2.	Teilkonferenz Fläche.....	9
1.3.	Teilkonferenz Wasser.....	12
1.4.	Teilkonferenz „Biodiversität – Erhalt Kulturlandschaften in Land und Stadt!“.....	16
1.5.	Teilkonferenz Ernährung	21
1.6.	Teilkonferenz Gesundheit	25
1.7.	Teilkonferenz Sport.....	29
1.8.	Teilkonferenz Mobilität	34
1.9.	Teilkonferenz „Energie + Netze“	36
1.10.	Teilkonferenz Bauen 1	38
1.11.	Teilkonferenz Bauen 2	41
1.12.	Teilkonferenz Zivilgesellschaft	45
1.13.	Teilkonferenz Werte- und Bewusstseinswandel	48
1.14.	Teilkonferenz Kirche	50
1.15.	Teilkonferenz Hochschule	52
1.16.	Teilkonferenz Bildung für Nachhaltige Entwicklung	54

1. Berichte aus den 16 Teilkonferenzen

1.1. Teilkonferenz Kommunaler Klimaschutz

Überblick

Ob Umwelt-, Klima- oder soziale Krise – sie alle sind global sichtbar und müssen gemeinsam gelöst werden. Spürbar und meist schmerzlich erfahrbar werden diese Krisen bereits auf der lokalen Ebene. Das Lokale ist aber auch der Ort, an dem gesellschaftliche Veränderungsprozesse ansetzen müssen, wo Konflikte ausgetragen werden und wo konkretes Handeln möglich und notwendig ist. Die Hebel für umfassende Veränderungsprozesse liegen also damit direkt vor der eigenen Haustür. Besonders die Kommune, als politische Ebene, die den Bürger:innen am nächsten steht, kann und muss eine bedeutende Rolle bei den Herausforderungen eines ganzheitlich verankerten Klimaschutzes einnehmen. Auf der kommunalen Ebene können über ein Drittel der Emissionen in Deutschland direkt oder indirekt beeinflusst werden (UBA 2022). Die Kommune kann von der Selbstverwaltungsaufgabe profitieren, Veränderungsprozesse moderieren und auf lokalen und regionalen Netzwerken aufbauen. Es lohnt sich daher, diese Spielräume bewusst zu nutzen!

Zentrale Empfehlungen & Forderungen

1. Wir fordern den Bund und den Freistaat Bayern dazu auf, eine staatliche Grundfinanzierung des kommunalen Klimaschutzes sicherzustellen.

Dies könnte erfolgen entweder durch die grundgesetzliche Verankerung von Klimaschutz (und Klimaanpassung) als Gemeinschaftsaufgabe (Ergänzung des Art. 91a GG) oder über die Überführung in eine Pflichtaufgabe mit Finanzierung über den Freistaat.

Nur so kann eine langfristige, pauschalierte und wirkungsorientierte Finanzierung kommunaler Klimaschutz- (und Klimaanpassungsmaßnahmen) abgesichert werden. Auch die Kommunen Oberfrankens sollen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für diese staatliche Grundfinanzierung einsetzen.

Den Erstellern der Empfehlungen ist die angespannte Haushaltssituation vieler Kommunen bewusst. Daher ist die Zielrichtung unserer Empfehlungen vor allem die langfristige Finanzierung des kommunalen Klimaschutzes. Dennoch stehen den Kommunen auch in der aktuellen Situation Handlungsoptionen im Bereich kommunaler Klimaschutz zur Verfügung. Hierzu haben wir folgende Empfehlungen:

2. Wir empfehlen, dass alle Gebietskörperschaften in Oberfranken binnen eines Jahres einen Grundsatzbeschluss zur verpflichtenden Einbeziehung der Klimarelevanz in Planungs- und Maßnahmenentscheidungen und zum Ausbau der nachhaltigen Beschaffung fassen.

Zur Umsetzung des Beschlusses ist es empfehlenswert,

- **eine Klimawirksamkeitsprüfung von Beschlüssen der kommunalen Gremien einführen.** Hierfür gibt es bereits verschiedene erprobte Verfahren. Kleineren Kommunen wird die Wahl eines schlanken Systems empfohlen, z.B. eine qualitative Abschätzung ausgewählter Maßnahmen.
- Darüber hinaus sind bei Beschaffungen und Baumaßnahmen einheitliche **Nachhaltigkeitsstandards** anzustreben sowie ein **Monitoring** der Fortschritte.

- Wir empfehlen innerhalb eines Jahres die Erarbeitung eines Konzepts für eine Transformationsagentur durch ein Gremium aus Transformationswissenschaft sowie Kommunalpolitik und -verwaltung.** Das Konzept soll Aufgaben, Struktur, Raumbezug und Finanzierung einer Transformationsagentur beschreiben. Die Agentur soll bestehende Institutionen ergänzen, Doppelstrukturen sind zu vermeiden

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

In **Bayern** soll im Jahr **2040** eine übergreifende **Klimaneutralität** erreicht werden. Um den notwendigen Beitrag zur Erfüllung der Pariser Klimaziele zu erreichen, muss der Klimaschutz auch im kommunalen Bereich schneller und wirksamer werden. Zusätzliche Aktivitäten und neue Ideen sind gefragt, um die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft rasch und erfolgreich zu gestalten. Dafür darf die **Transformation** nicht als eine weitere Teilaufgabe oder Ergänzung, sondern muss als **übergreifende kommunale Aufgabe** verstanden werden. Kommunale Politik muss sich darauf konzentrieren, den Wandel vor Ort zu gestalten, und sollte alle dafür vorhandenen Kapazitäten und Instrumente nutzen. Die Kombination aus einem konsequenten Handeln in den eigenen kommunalen Aufgabenfeldern (z.B. Siedlungsentwicklung, Verkehrsplanung, Abfallwirtschaft, etc.) bei gleichzeitigem **Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten** und der **Zusammenarbeit mit den Pionier:innen des Wandels** vor Ort ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche solidarisch-ökologische Transformationspolitik. Damit Kommunen diese zentrale Rolle bei der Transformation erfüllen können, müssen sie mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

Die Teilkonferenz „Kommunaler Klimaschutz“ wurde am 07.11.2024 von den Klimaschutzmanagements der Region Bayreuth organisiert. Der Veranstaltung ging eine Umfrage zum Stand des Klimaschutzes unter den jeweils Zuständigen für Klimaschutz in den Kommunen Oberfrankens voraus. An dieser Umfrage haben insgesamt zwölf Kommunen aus der Europäischen Metropolregion Nürnberg teilgenommen. Deren Ergebnisse wurden bei der Teilkonferenz präsentiert.

Im Rahmen der Teilkonferenz wurden erhielten die rund 60 Teilnehmenden in Praxisimpulsen konkrete Beispiele, wie nachhaltige(-re) Beschaffung funktionieren, qualitative und quantitative Klimawirksamkeitsprüfungen ablaufen und die langfristige Finanzierung des Kommunalen Klimaschutzes sichergestellt werden kann. Ein weiterer Impuls adressierte zudem die Idee einer Transformationsagentur für Oberfranken. In den Diskussionen haben die Teilnehmenden anschließend ausführliche Empfehlungen formuliert, die in drei Themenbereiche gegliedert sind:

1. Staatliche Grundfinanzierung des Kommunalen Klimaschutzes

Wir fordern, die investiven Anstrengungen in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung in Oberfranken in den kommenden Jahren deutlich auszuweiten und bei der politischen Auswahl der Maßnahmen das Kriterium eines hohen Wirkungsgrades im Sinne einer möglichst weitreichenden Reduktion von THG-Emissionen zugrunde zu legen.

Wir fordern den Bund und den Freistaat Bayern dazu auf, eine staatliche Grundfinanzierung des Kommunalen Klimaschutzes sicherzustellen, und zwar durch die

- **grundgesetzliche Verankerung einer Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz und Klimaanpassung**, um so eine langfristige, pauschalierte und wirkungsorientierte Finanzierung kommunaler Klimaschutz- (und Klimaanpassungsmaßnahmen) im Grundgesetz abzusichern.

Dies könnte erfolgen über die **eine Ergänzung des Art. 91a GG**, um den Bund die Unterstützung von Maßnahmen des kommunalen Klimaschutzes (Gemeinschaftsaufgabe) zu ermöglichen.

Die Finanzierungsansätze bestehender Förderprogramme sollten in diese neue Gemeinschaftsaufgabe überführt werden, so dass die Mittel effizienter eingesetzt werden können und Klimaschutz insgesamt kostengünstiger bewältigt wird.

Die Beantragung der Mittel sollte dabei einen möglichst geringen administrativen Aufwand für Kommunen bedeuten.

- Als Alternative zur Variante der Gemeinschaftsaufgabe wäre auch eine Überführung des Klimaschutzes in eine **Pflichtaufgabe mit Finanzierung über den Freistaat** eine gangbare Möglichkeit.

Die Kommunen Oberfrankens sollen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine staatliche Grundfinanzierung des kommunalen Klimaschutzes und der Klimaanpassung einsetzen. (z.B. über kommunale Spitzenverbände wie Städte- und Gemeindetag, Kontakt zu Abgeordneten, Foren und Netzwerke der Europäischen Metropolregion Nürnberg, Covenant of Mayors, Klima-Bündnis, ...)

Anmerkungen

Es gab in der Teilkonferenz auch vereinzelte Stimmen gegen die Einbindung auch der Klimaanpassung in die Gemeinschaftsaufgabe:

Einerseits wäre es wichtig, Klimaresilienz in Kommunen zu erhöhen, andererseits bestünde die Gefahr, dass die Mittel vorrangig für leichter umsetzbare oder politisch einfacher zu vermittelnde Klimaanpassungsmaßnahmen wie Stadtgrün verwendet würden, anstatt aufwändigere notwendige Klimaschutzmaßnahmen wie energetische Sanierungen anzugehen.

Den Erstellern der Empfehlungen ist die angespannte Haushaltssituation vieler Kommunen bewusst. Daher ist die Zielrichtung unserer Empfehlungen vor allem die langfristige Finanzierung des kommunalen Klimaschutzes. Dennoch stehen den Kommunen auch in der aktuellen Situation Handlungsoptionen im Bereich kommunaler Klimaschutz zur Verfügung. Hierzu haben wir folgende Empfehlungen:

2. Klimawirksamkeitsprüfung und Nachhaltige Beschaffung

Um effektiven Klimaschutz in Kommunalverwaltungen zu bewirken, soll **am Beginn** von kommunalen Planungen oder Maßnahmen konsequent die Klimawirksamkeit und Nachhaltigkeitsrelevanz mit bedacht werden, um ggf. nachhaltigere Politik-Alternativen zu wählen.

Wir empfehlen daher, dass **alle Gebietskörperschaften in Oberfranken binnen eines Jahres einen Grundsatzbeschluss zur verpflichtenden Einbeziehung der Klimarelevanz in Planungs- und Maßnahmenentscheidungen und zum Ausbau der nachhaltigen Beschaffung fassen.**

Dieser Beschluss soll einhergehen mit einem transparenten **Monitoring der Fortschritte**, das über die Teilnahme an einer überregionalen Vernetzungsstruktur (z.B. „Pakt für nachhaltige Beschaffung“ der Europäischen Metropolregion Nürnberg) oder/und einem externen Umwelt-/Qualitätsmanagement erzielt wird.

Als wirksames Instrument sollen alle Kommunen schrittweise verwaltungsweite und ggf. gebietsübergreifend **einheitliche Nachhaltigkeitsstandards** für ihr Handeln in der Beschaffung sowie im Planungs- und Baubereich implementieren.

Die Wirtschaftlichkeit sollte auch im Hinblick auf langfristige ökologisch-ökonomische Gesichtspunkte geprüft werden. In Wirtschaftlichkeitsberechnungen sollten daher die Folgekosten der Treibhausgasemissionen mit einberechnet werden.

Ein möglicher Ansatz ist, zunächst solche Maßnahmen umzusetzen, die nach der Erfahrung von anderen Kommunen kostenneutral zu realisieren sind („**Low-Hanging-Fruits-Ansatz**“).

Einen **besonderen Fokus sollen die Kommunen dabei auf Baumaßnahmen setzen**, da diese langfristig die Nachhaltigkeit der öffentlichen Infrastruktur beeinflussen. Hierfür wird empfohlen, den Planern und Architekten über **Mindeststandards oder Kriterienkataloge** einen konkreten Rahmen für die Bauplanung zu setzen, der Kriterien des Klimaschutzes, der Klimaanpassung sowie der Energie- und Ressourceneffizienz umfasst. Planungsbüros sollen die Maßnahmen bezüglich ihres CO₂-Einsparungspotenzials priorisieren.

Übergreifend sollten nicht nur die reinen Gesteungskosten, sondern auch die langfristigen Betriebs- und sonstige Folgekosten in die Bewertung eingehen.

Wir empfehlen den Kommunen die Einführung einer **Klimawirksamkeitsprüfung von Beschlüssen der kommunalen Gremien**. Hierfür gibt es bereits verschiedene erprobte Verfahren. Kleineren Kommunen wird die Wahl eines schlanken Systems empfohlen, z.B. eine qualitative Abschätzung ausgewählter Maßnahmen. Wenn es hingegen personell leistbar ist, wäre ein quantitativer Ansatz zu bevorzugen, weil dieser belastbarere und differenziertere Ergebnisse liefert.

Die Ergebnisse der Prüfung sollten im Detail den jeweiligen kommunalen Gremien und, bei öffentlichen Tagesordnungspunkten, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Anmerkungen aus der Teilkonferenz zum Thema Klimawirksamkeitsprüfung:

- *Für die Berechnung der Folgekosten der Treibhausgasemissionen sind entsprechende Verfahren vom Umweltbundesamt entwickelt worden und bereits in Umsetzung, beispielsweise seit 2009 in der Stadt Nürnberg.*
- *Es wurde darauf hingewiesen, dass eine qualitative Klimawirksamkeitsprüfung zu unkonkreten Beurteilungen führen und auch als Feigenblatt verwendet werden könnte.*
- *Als Alternative zu Klimawirksamkeitsprüfung wurde die Einführung von Umweltmanagementsystemen genannt (z.B. EMAS oder European Energy Award).*
- *Um die Kommunen zu unterstützen, sollten Vorlagen und vorhandene Checklisten für alle Kommunen bereitgestellt werden.*

3. Transformationsagentur

Wir empfehlen innerhalb eines Jahres die Erarbeitung eines Konzepts für eine Transformations-agentur durch ein Gremium aus Transformationswissenschaft sowie Kommunalpolitik und -verwaltung.

Das Konzept soll **Aufgaben, Struktur, Raumbezug und Finanzierung** einer Transformationsagentur beschreiben.

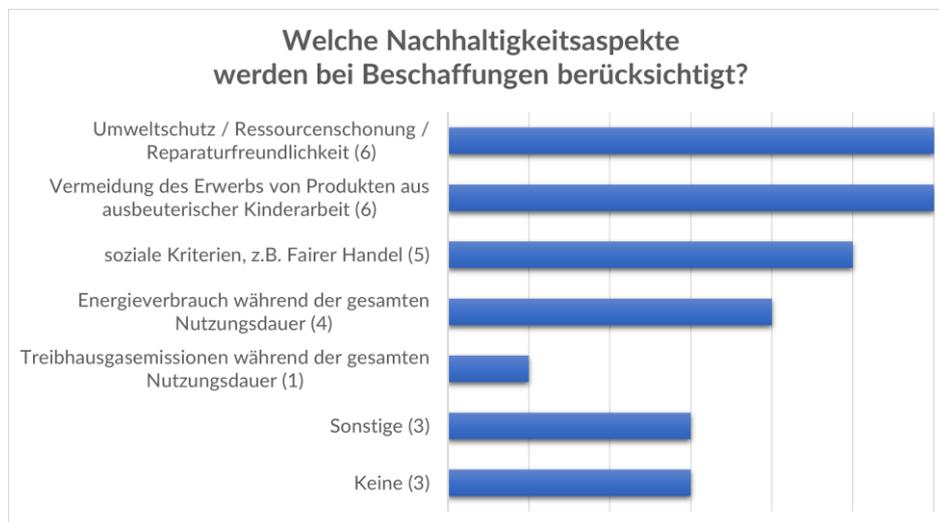
In die Agentur sollen bestehende Institutionen integriert werden und die **sektorübergreifende Zusammenarbeit** von Akteuren aus Kommunen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft geklärt werden.

Anmerkungen aus der Teilkonferenz zum Thema Klimawirksamkeitsprüfung:

*Zu beachten ist, dass durch eine Transformationsagentur **keine Doppelstrukturen** geschaffen werden dürfen. Vielmehr soll die Agentur die Arbeit bestehender Institutionen ergänzen und vorhandene Lücken schließen.*

Ergebnisse der Umfrage zur nachhaltigen Beschaffung

An der Umfrage nahmen fünf Landkreise und sieben Städte/Märkte/Gemeinden teil. Sieben von ihnen haben keine Klimawirksamkeitsprüfung implementiert, eine hat es geplant und vier führen diese bereits durch. Hinsichtlich nachhaltiger Beschaffung werden in den teilnehmenden Kommunen folgende Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt:



Quelle: Region Bayreuth, 2024.

Ausblick RegioCOP 2025

Bis zur nächsten RegioCOP soll ausgewertet werden,

- wie viele Kommunen einen Grundsatzbeschluss zur Klimawirksamkeitsprüfung gefasst haben,
- was bis dahin hinsichtlich staatlicher Grundfinanzierung passiert und
- wie weit ist die Konzeption der Transformationsagentur vorangekommen ist.

Bei der Konferenz sollen mehr gute Praxisbeispiele, auch für die Umsetzung in kleineren Kommunen, vorgestellt werden.

Referenzen & relevante Literatur

1. Vorträge der RegioCOP 2024 - Teilkonferenz Kommunalen Klimaschutz (2024): <https://klima.landkreis-bayreuth.de/unsere-projekte/regiocop/>.
2. Kühl, Carsten und Scheller, Henrik (2024): Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz, Machbarkeitsstudie. <https://repository.difu.de/handle/difu/213>.

3. DIfU (Hrsg.), 2023: Praxisleitfaden: Klimaschutz in Kommunen. <https://difu.de/publikationen/2023/praxisleitfaden-klimaschutz-in-kommunen>.
4. Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz, DIfU (Hrsg.), 2023: Wege zur treibhausgasneutralen Kommunalverwaltung. <https://difu.de/publikationen/2023/wege-zur-treibhausgasneutralen-kommunalverwaltung>.
5. Kompass Nachhaltigkeit: Grundlagen und Praxisbeispiele zur nachhaltigen Beschaffung: <https://www.kompass-nachhaltigkeit.de/>.
6. Ausschreibungsempfehlungen des Umweltbundesamtes: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/umweltfreundlichebeschaffung/ausschreibungsempfehlungen-des-uba>.
7. Nutzung des Umweltzeichens Blauer Engel in der Beschaffung: <https://www.blauer-engel.de/de/nutzung-des-blauen-engels-in-der-beschaffung>.
8. Quantitatives Klimawirkungstool des Klima-Bündnisses: <https://www.klimabuendnis.org/aktivitaeten/instrumente-und-methoden/klimawirkungspruefung.html>.
9. Stadt Nürnberg (Hrsg.): Informationen zum Nachhaltigkeitscheck der Stadt Nürnberg. <https://www.nuernberg.de/internet/hochbauamt/klimacheck.html>.
10. UBA – Umweltbundesamt (2022): „Klimaschutzpotenziale in Kommunen. Quantitative und qualitative Erfassung von Treibhausgasminderungspotenzialen in Kommunen“, Dessau-Roßlau.

Autor:innen: Kirstin Köhler, Bernd Rothammel, Miriam Steinmüller, Gesa Thomas

1.2. Teilkonferenz Fläche

Titel: Flächennutzungskonflikte

Überblick

In der Teilkonferenz Fläche wurden multifunktionale Lösungsansätze für Flächennutzungskonflikte, die Governance von Flächennutzung und Suffizienz als Schlüssel zur sparsamen Flächennutzung durch Impulsvorträge und Diskussionen thematisiert. Anschließend wurden in Form eines World-Cafés Visionen erarbeitet, wie der Umgang mit Fläche im Jahr 2035 aussehen soll.

Zentrale Forderungen

- Es braucht die Etablierung einer regionalen Flächenkonferenz auf oberfränkischer Ebene, durchgeführt durch die Regierung von Oberfranken. Diese bringt die einschlägigen Stakeholder zusammen. Sie basiert auf einer, im Jahr 2025, durchzuführenden Grundlagenstudie zur aktuellen Nutzung von Fläche in Oberfranken und einem daraus entwickelten Szenario für nachhaltige und zukunftsfähige Flächennutzung.
- Es braucht fiskalische Anreize (z.B. höhere finanzielle Zuweisungen), um flächensparendes Handeln von Kommunen als Pionieren des Wandels zu fördern.
- Es braucht ein Forschungsprojekt "Suffizienzbasierte Entwicklungsstrategie, Bestandsanalyse und Modellierung zur Reduzierung von Flächennutzungskonflikten", das anhand einer Kommune /ILE (Integrierte Ländliche Entwicklung) ins Leben gerufen und finanziell gefördert wird.

Weitere Forderungen

- Auf Landkreis und Regierungsebene sollen ab 2026 Bürger:innen-Räte eingeführt werden, die eingebunden sind in allen Entscheidungen bezüglich des Themas Fläche.
- Die Erdoberfläche soll als endliche Ressource durch Bildung (Schule, Arbeit), Bürgerpartizipation mit Selbstwirksamkeit sowie authentischer und emotionaler Kommunikation anerkannt werden.
- Es soll eine Modellkommune / Modell-ILE (Integrierte Ländliche Entwicklung) "Gutes Leben für Alle" geschaffen und finanziell gefördert werden, die das Forschungsprojekt "Suffizienzbasierte Entwicklungsstrategie, Bestandsanalyse und Modellierung zur Reduzierung von Flächennutzungskonflikten" bürger:innennah versucht umzusetzen.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

In Bayern werden täglich über 12 Hektar Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke beansprucht, hauptsächlich für Wohnbau-, Industrie- und Verkehrsflächen. Dies steht im Gegensatz zum Ziel, den Flächenverbrauch auf 5 Hektar pro Tag zu begrenzen. Rund 50 % der neu beanspruchten Flächen werden versiegelt, was die landwirtschaftliche Nutzung einschränkt und Grundwasserneubildung, sowie Regenrückhaltung beeinträchtigt.

Die Nutzungskonflikte um Flächen nehmen zu, da sowohl erneuerbare Energien, Bio-Ökonomie als auch Klimaanpassungsmaßnahmen zusätzlichen Flächenbedarf verursachen. Zugleich fordern internationale Abkommen 30 % der Landflächen als Schutzgebiete. Diese steigenden Ansprüche verlangen dringend Lösungen, wie Mehrfachnutzungen und nachhaltige Steuerung, um Flächen effizienter zu nutzen und langfristig Umwelt- und Ernährungsgrundlagen zu sichern. (StMWi, 2024)

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

Die Teilkonferenz war gegliedert in Impulsvorträge, Diskussionen und einer Visionenwerkstatt. In dem ersten Themenblock über „multifunktionale Lösungen für Flächennutzungskonflikte“ gab es einen Impulsvortrag von Daniel Eisel (Technologie- und Förderzentrum Straubing) über Energiemanagement im ländlichen Raum, einen von Klaus Fackler (Landschaftspflegeverband Mittelfranken) über naturbasierte Lösungen und einen von Andreas Rockinger (Bayerische Architektenkammer, BNE) über Bauen und biosbasierte Rohstoffe. Anschließend würden in einer Diskussion mit den Referenten und Teilnehmenden Potentiale, Hürden und Hemmnisse in der Umsetzung der multifunktionalen Lösungen und die Rolle der Suffizienz herausgearbeitet. Der anschließende zweite Themenblock mit dem Titel „Governance von Flächennutzungen“ wurde von David Petersen (Universität Flensburg) mit einem Vortrag über Suffizienz als Schlüssel zur sparsamen Flächennutzung eingeleitet. Darauf folgten Impulse von Bernhard Osterburg (Thünen-Institut), Lothar Winkler (Amt für ländliche Entwicklung) und Michael Birnbaum (Flächensparmanagement der Regierung von Oberfranken) mit der Vorstellung von Governance-Strukturen und Instrumente zur Reduzierung von Flächennutzungskonflikte. Die folgende Diskussion bezog sich dann auf Potentiale, Hürden und Hemmnisse von Institutionen und Instrumente und auch wieder auf die Rolle der Suffizienz. Im letzten Themenblock „Umgang mit Fläche in Oberfranken 2035“ wurde eine Visionenwerkstatt in Form eines World-Cafés durchgeführt, in welcher neben den Visionen die Forderungen für die RegioCOP 2024 erarbeitet wurden. Der erste Thementisch ging davon aus, dass es im Jahr 2035 gelungen ist „Institutionen der Aushandlung“ einzurichten und wie diese aussehen und wie sie erfolgreich arbeiten. In den Gesprächen hat sich ergeben, dass eine Grundlagenstudie zu aktuellen Nutzungen der Fläche und Szenarien einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Flächennutzung beauftragt werden soll. Außerdem soll eine oberfränkische regionale Flächenkonferenz durchgeführt werden, welche alle Stakeholder zusammenbringt und Bürger:innenräte eingeführt werden. Beim zweiten Thema der „Kommunikationsformen“ wurde davon ausgegangen, dass sich im Laufe der Zeit Methoden der Bewusstseinsbildung und Entscheidungsfindung etabliert haben und ging der Frage nach, wie diese aussehen und welche Akteure beteiligt sind. Daraus ergab sich die Wichtigkeit, dass die Erdoberfläche als endliche Ressource anerkannt wird. Dies soll erfolgen durch Thematisierung durch Bildung in der Schule und bei den zuständigen Akteuren, Verstärkung von Bürgerpartizipation mit Möglichkeit zur Selbstwirksamkeit sowie authentischer und emotionaler Kommunikation über das Thema Fläche. Der nächste Thementisch „Pioniere des Wandels und Leuchtturmprojekte“ ging der Frage nach, wie mit Hilfe von Pionieren des Wandels Leuchtturmprojekte umgesetzt und unterstützt wurden und wie sie in die Breite strahlen. Dabei kam es zum Ergebnis, dass flächensparendes, kommunales Handeln durch fiskalische Anreize, wie z. B. höhere finanzielle Zuweisungen, dauerhaft gefördert werden soll. Am vierten Tisch „Erfolgreiche Strategien & neue Instrumente“ wurde das Forschungsprojekt „Suffizienzbasierte Entwicklungsstrategie, Bestandsanalyse und Modellierung zur Reduzierung von Flächennutzungskonflikten“ anhand von einer Kommune/ILE ins Leben gerufen, welches finanziell gefördert werden soll. Dabei soll Suffizienz in der Umsetzung durchdekliniert werden, ähnlich zu Doughnut Economics.

Außerdem soll eine Modellkommune/Modell-ILE „Gutes Leben für Alle“ geschaffen und finanziell gefördert werden, die das Forschungsprojekt bürger:innen nah versucht umzusetzen.

Ausblick RegioCOP 2025

In der RegioCOP 2025 sollten ebenfalls wieder Akteur:innen aus der Wissenschaft und Verwaltung zusammengebracht werden, da somit der Austausch zwischen Theorie und Praxis direkt erfolgen kann. Aufgabe könnte sein, die Inhalte und Diskussionen zum Thema „Governance von Flächennutzung“ weiterzuführen, um herauszufinden, wie die Flächennutzungskonflikte hier eingebracht und angegangen werden können. Als Ergänzung könnte mitgedacht werden, wie suffizientes Handeln unterstützt bzw. vorangebracht werden kann, damit die Verteilung der Nutzungsansprüche sich klimaorientiert verändert. Außerdem kann geschaut werden, ob es weitere multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten gibt bzw. ob die angesprochenen sich erweitert bzw. verfestigt haben. Die Kombination aus Impulsvorträgen und interaktiven Formaten (in diesem Fall World-Café, Diskussionen) hat sich als sinnvoll herausgestellt, da den Teilnehmenden dadurch anfangs inhaltlicher Input vermittelt werden konnte, welcher durch Diskussionen intensiviert wurde und anschließend aktives Einbringen und Denken durch das World-Café angeregt wurde und die entstandenen Forderungen direkte Ideen der Teilnehmenden waren. Jedoch sollte überlegt werden größere interaktive Abschnitte in die Mitte der Konferenz zu planen, da somit mehr Teilnehmende sich einbringen können.

Referenzen & relevante Literatur

StMWi – Abteilung Landesentwicklung – Referat Raumordnung und Fachplanung (2024):
Flächensparoffensive. Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (Hrsg.). München

Autorin: Carolyn Steinicke

1.3. Teilkonferenz Wasser

Überblick

Die Teilkonferenz Wasser fand dieses Jahr zum ersten Mal statt. Neben dem CO₂ getriebenen Klimawandel muss der landnutzungsgetriebene Klimawandel vermehrt Berücksichtigung finden. Landnutzungsänderungen wie Abholzung der Wälder, industrielle Landwirtschaft, Versiegelung, Verdichtung und Entwässerung der Böden tragen einerseits zur Erderwärmung bei und verschlimmern Extremwetterereignisse wie Starkregen oder Dürren. Es muss eine aufklärende Kommunikationsstrategie gefunden werden, um Landbesitzer:innen und -nutzer:innen zu erreichen. Öffentliche Grundbesitzer:innen sollten mit gutem Beispiel voran gehen und bestehende Verdichtung, Versiegelung und Drainage rückgängig machen.

Zentrale Forderungen

- Es muss zusammen mit Multiplikatoren wie bspw. den Landschaftsverbänden und den Landwirtschaftsverbänden eine klare, wissenschaftsbasierte Kommunikationsstrategie aufgebaut werden, die ein Problembewusstsein zur aktuellen Landnutzung schafft. Dabei muss eine Definition für „gute, boden- und wasserfreundliche landwirtschaftliche Praxis“ gefunden werden. Zielgruppen sind dabei Landeigentümer:innen sowie Landnutzer:innen.
- Die Vergabe von Versiegelungszertifikaten soll ausprobiert werden. Ähnlich wie bei CO₂ Zertifikaten soll eine finanzielle Verantwortung über das Versiegeln von Fläche übernommen werden.

Weitere Forderungen

- Wasser schützen muss als oberste politische Priorität verankert werden.
- Es wird die Bündelung und Erweiterung von landwirtschaftlichen Förderprogrammen mit dem Ziel des Wasserschutzes und Wassermanagements gefordert.
- Von öffentlichen Grundbesitzer:innen wird gefordert bezüglich nachhaltiger, wasserschonenden Land- und Bodennutzung mit gutem Beispiel voran zu gehen und bestehende Verdichtung, Versiegelung und Drainage rückgängig zu machen.
- Ein Netzwerk „Wasser“ sollte in Oberfranken aufgebaut werden

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Wassermanagement wird mit zunehmender Erderhitzung, bei anhaltend hohen Fremdstoffeinträgen in die Umwelt und weiter fortschreitender Landnutzungsänderung und Bodendegradation zu einem zentralen Problem der Menschheit. Mit jedem Grad Erwärmung kann die Atmosphäre 7% mehr Wasserdampf und damit mehr Energie aufnehmen. Diese exponentiell mit der Erwärmung zunehmende Energie entlädt sich in immer stärkeren Extremwetterereignissen wie Starkregen, Sturzfluten und Stürmen. Die höhere Verdunstung führt zu häufigerer Trockenheit und höheren Dürreerisiken. Die Bodenversiegelung, Bodenentwässerung (Drainagen) und die Bodenverdichtung erhöhen die Abflussgeschwindigkeit des Wassers und wärmen die Atmosphäre zusätzlich auf. Damit beschleunigen sie den Klimawandel und verschärfen die Klimafolgen. Landnutzungsänderungen wie Entwaldung und Ausweitung von Ackerflächen setzen zudem zusätzlich Treibhausgase frei und verändern des Wasserhaushalts.

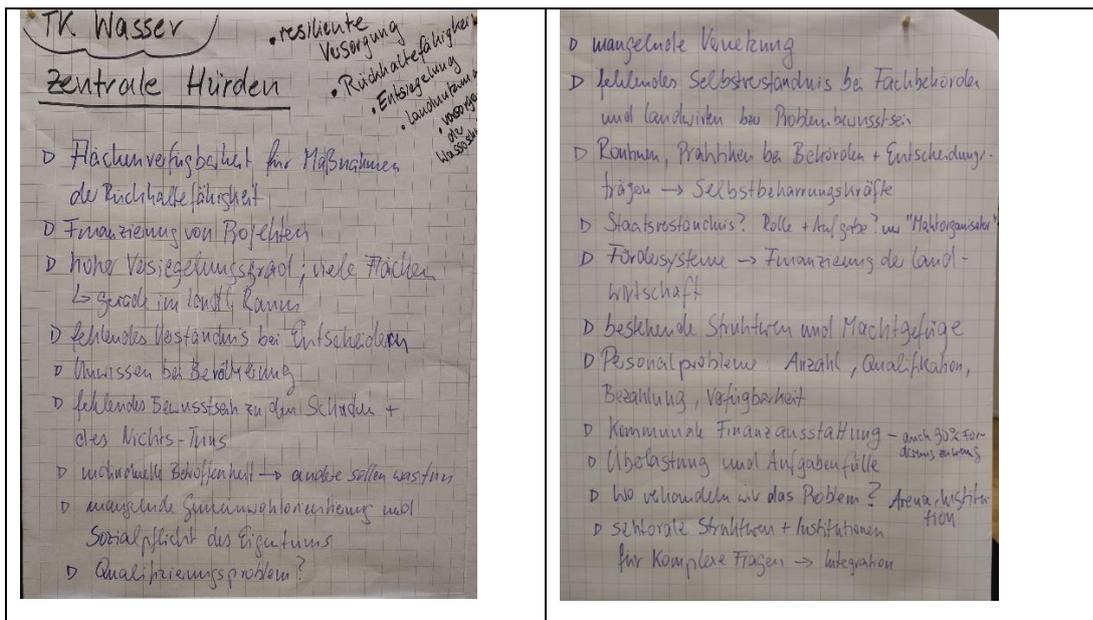
Global wird die Verfügbarkeit von unbelastetem Trinkwasser und von ausreichend pflanzenverfügbarem Wasser zunehmend zum Problem. Der WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen hat aktuell „Wasser in einer aufgeheizten Welt“ zum Thema seines Hauptgutachtens (WBGU 2024) gemacht: „In Zukunft ist mit fortschreitenden, beschleunigten Änderungen des globalen Wasserkreislaufs zu rechnen. Auswirkungen des Klimawandels, die Übernutzung der Wasserressourcen, die ungleiche Verteilung von Wasser, der Verlust von Ökosystemleistungen sowie Gefährdungen durch wasserbezogene Gesundheitsrisiken werden sich weiter verschärfen. Die Annahme von Stationarität, also die Vorstellung, dass natürliche Systeme innerhalb eines definierten Zeitfensters eine auf der Grundlage empirischer Beobachtungen vorhersagbare Variabilität aufweisen, ist angesichts des Klimawandels nicht mehr tragfähig. Dies wird zunehmend in Bedrohungslagen münden, die jenseits des menschlichen Erfahrungsspektrums liegen und sich zu regionalen Wassernotlagen zuspitzen können. Im Extremfall ergeben sich Situationen, in denen Grenzen der Beherrschbarkeit überschritten, gesellschaftliche Strukturen und Ökosysteme substanziell destabilisiert werden und Handlungsspielräume nicht mehr existieren.“ (<https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/wasser>). Laut WBGU ist es lokal und regional von zentraler Bedeutung, ein klimaresilientes, sozial ausgewogenes Wassermanagement zu etablieren, bei dem sich Infrastrukturen und Vorgehensweisen den zunehmenden Veränderungen der Wasserhaushalte anpassen. Hierzu sollten gut funktionierende selbstorganisierte Strukturen, z. B. Wassernutzervereinigungen, gestärkt und unterstützt werden. Der Schutz der Wasserqualität erfordert eine konsequente Umsetzung des Zero-Pollution-Ansatzes und eine effiziente Kreislaufwasserwirtschaft, unter Einbeziehung von Ökosystemen und einer aktiven Bewirtschaftung des im Boden gebundenen grünen Wassers. Ohne eine langfristig glaubwürdig gesicherte Finanzierung der notwendigen Maßnahmen durch öffentliche ebenso wie private Mittel kann dies allerdings nicht gelingen (<https://www.wbgu.de/de/service/presseerklaerung/wasser-in-einer-aufgeheizten-welt>).

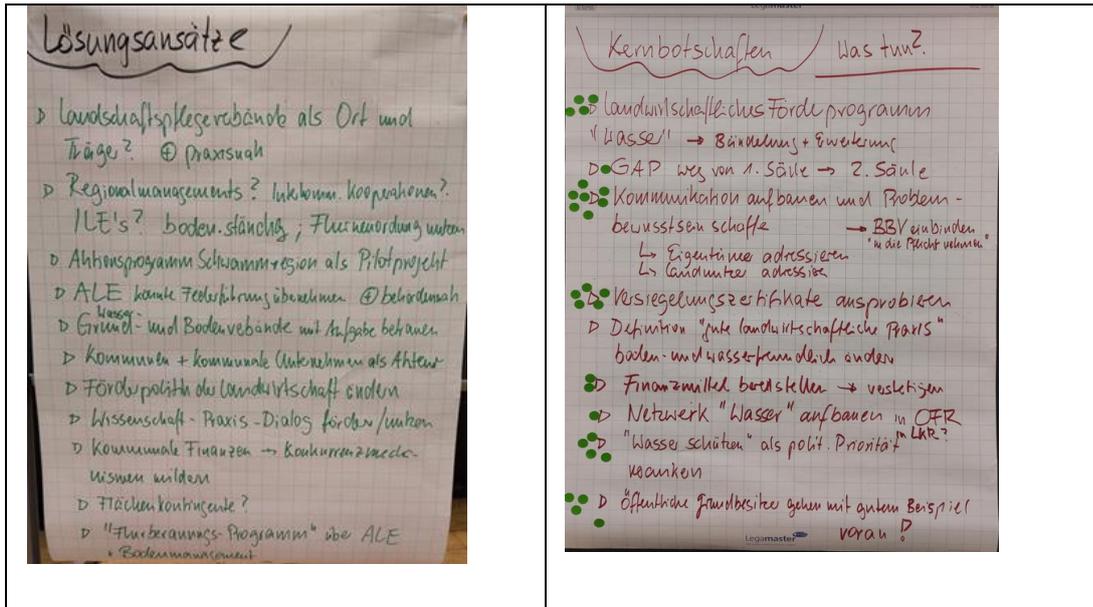
Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

Die erste Keynote wurde aus wissenschaftlicher Perspektive zum Zustand der Böden und des Wassers von **Prof. Dr. Karl Auerswald** gehalten zum Thema „Hochwasser und Dürre - Müssen wir mit Extremen leben?“ Dabei stellte er fest, dass es neben dem CO₂ getriebenen Klimawandel auch einen **landnutzungsgetriebenen Klimawandel** gibt. Bisher führt die Erderwärmung in Bayern nicht zu signifikant veränderten Niederschlagsmengen und -mustern. Dennoch nehmen Hochwasserereignisse zu. Dies liegt neben der größeren Niederschlagsmenge, die in einzelnen Ereignissen pro Zeit fällt vor allem an der **veränderten Landnutzung** in Form von Versiegelung, Entwässerung und Verdichtung des Bodens aber auch in der Form der Bewirtschaftung. Durch den Landnutzungs- und CO₂ getriebenen Klimawandel wird dadurch der Bodenspeicher dauerhaft geschädigt. Versiegelte Fläche nimmt vor allem in ländlichen Regionen massiv zu. Bereits in den 1990ern wurde die Unterbodenverdichtung erreicht, weshalb durch Luftmangelsituationen für Pflanzen das Ertragspotenzial in der Landwirtschaft nicht mehr ausgeschöpft wird. Außerdem schrumpfen Rohstoffverfügbarkeiten wie Wasser und Biomasse was zu Nutzungskonflikten führt. Daher muss der Wasserschutz gestärkt werden. Die tägliche Versiegelung von Boden muss reduziert werden, Wasserschutzgebiete müssen erweitert werden und der **Wasserrückhalt von Flächen** bedarf Verbesserung. Landnutzer:innen und Landbesitzer:innen brauchen einen sensibilisierten Umgang mit den Ressourcen Wasser und Boden. Für Prof. Auerswald ist es „kaum vorstellbar, dass wir Extreme meistern, wenn wir an der Normalität schon kläglich scheitern“. Stattdessen empfiehlt er: „Wir sollten aufhören, die Böden zu verdichten, zu versiegeln und die Landschaft zu drainieren“. Wegen des CO₂-getriebenen

Klimawandels gilt es vielmehr: „bestehende Verdichtung, Versiegelung und Drainage rückgängig machen.“ Dafür gebe es viele und in der Regel auch Geld sparende Möglichkeiten.

Darauf folgte eine praxis- und lösungsorientierte Keynote von Frau **Marion Zilker** vom Verband kommunaler Unternehmen. Sie berichtete aus einer Fallstudie zum Einzugsgebiets des Bayerischen Main im Rahmen des EU-Forschungsprojekts ARSINOE. Die Region weise schon heute weniger Niederschläge auf als der Süden Bayerns. Der oberflächennahe Untergrund kann Wasser schwer aufnehmen und speichern. Die Versorgung mit Wasser kommt heute schon aus anderen Regionen und wird über weite Strecken transportiert. Es gibt einen hohen Wasserbedarf, weil die Region vergleichsweise dicht besiedelt und der Bedarf der Landwirtschaft an Bewässerung und für Wasserstraßen wächst. Zudem gibt es bereits eine starke Betroffenheit vom Klimawandel. Dies stellt vor allem die kommunalen Wasserversorger vor zunehmende Herausforderungen. Klimaschutz wäre daher die beste Form der Klimaresilienz und der vorsorgende Wasserschutz müsse gestärkt werden. Dazu gehört vor allem den Wasserrückhalt in der Fläche zu verbessern. Zu den Voraussetzungen für einen anderen Umgang mit Wasser gehören: eine Sensibilisierung für die Herausforderungen und Wissen über Lösungsansätze; Informationsgrundlagen vor Ort schaffen; Fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit und ausreichende und stabile Finanzierungsoptionen. Danach folgte eine Diskussion über Hürden, Voraussetzungen und Lösungsmöglichkeiten zum besseren Wasserschutz. Vor allem Bürgermeister teilten ihre Erfahrungen.





Ausblick RegioCOP 2025

Während der Teilkonferenz wurde ein Vernetzungsbedarf thematisiert und die Notwendigkeit betont, die Diskussion um Wasser fortzusetzen. Eine RegioCOP2025 könnte dies aufgreifen – auch ohne, dass es direkt so thematisiert wurde.

Referenzen & relevante Literatur

<https://www.wbgu.de/de/service/presseerklaerung/wasser-in-einer-aufgeheizten-welt>

<https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/wasser>

letzter Aufruf: 20.11.2024

AutorInnen: Sophia Mitte, Manfred Miosga

1.4. Teilkonferenz „Biodiversität – Erhalt Kulturlandschaften in Land und Stadt!“

Erhaltung der Kulturlandschaften. Biodiversität auf Flächen in Land und Stadt und die Rolle von artenreichen, Kohlenstoff und Wasser bindenden Kulturlandschaften und bioklimatisch wirkenden Grünflächen.

Überblick

Die Erhaltung, die Reaktivierung oder die Neuschaffung von artenreichen Kohlenstoff und Wasser bindenden Ökosystemen unserer teils Jahrtausend alten ländlichen Kulturlandschaften und städtischen Grünflächen haben eine wichtige Rolle nicht nur in primärer Funktion als biodiverser Lebensraum sondern auch hinsichtlich Klimaschutz und Klimaanpassung. Die kulturell geprägten Ökosysteme (Stadt und Land) müssen in ihrer Bewirtschaftungsweise auf die kommenden Herausforderungen der klimatischen Änderung selber angepasst werden. Die Vernetzung durch Erhalt und Ausbau dieser Lebensräume ist ein sehr effektiver, lokal relevanter direkter Beitrag zum Klimaschutz, zur Klimaanpassung, Risiko-Resilienz und nachhaltiger Land- und Forstwirtschaft und Ernährung, mit dem Ziel der nachhaltigen Sicherung der ökologischen Funktion und robuster Stoffkreisläufe (C, H₂O, N).

Zentrale Forderungen

- **Fokus ländliche Kulturlandschaften**
Erhaltung, Reaktivierung und Neuschaffung von artenreichen Kohlenstoff und Wasser bindenden Ökosystemen unserer teils Jahrtausend alten ländlichen Kulturlandschaften und städtischen Grünflächen. Nachhaltige Sicherung der ökologischen Funktion und robusten Biodiversität (inkl. Erhalt alter Nutztier- und Nutzpflanzenarten). Ziel: Lebens- und Daseinsgrundlagen von Mensch (Nahrung, Wasser, Rohstoffe, Energie) und Natur (Ressourcen, Kreislauf) langfristig aufrechtzuerhalten und biodiverse Landschaftsstrukturen regional funktional zu vernetzen.
- **Fokus städtische, dichtbesiedelte Lebensräume**
Umgestaltung zur Verbesserungen der biometeorologischen Verhältnisse (Reduzierung Gesundheitsrisiken) in Verbindung mit umweltresilienter biologischer Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt in urbanen Belastungsräumen. Nötig: Elemente der blau-grünen Infrastruktur und Frischluftzufuhr durch geeignete Baukörperstrukturen zur Durchlüftung der Stadt. Beides muss durch sogenannte „bioklimatische Finger“ verbunden sein. Wassermanagement, Starkregen- und Dürre-Resilienz, Klima angepasste Diversifizierung der Stadtökosysteme muss mit modernen Wohn-, Arbeits- und Mobilitätsformen verknüpft werden.
- **Umsetzung durch Vorrang Berücksichtigung Biodiversität, Klimaanpassung, Biotopvernetzung, Risiko-Resilienz über...**
... die Verankerung als kommunale Pflichtaufgaben in der Landesgesetzgebung. Ermöglicht wird damit eine verbindliche Festlegung der Verantwortlichkeit mit Entscheidungskompetenzen in den Kommunen (Gemeinden, Landkreise und Bezirke) inkl. verstetigter personeller/technischer Ausstattung der Verwaltung auf allen Ebenen. Zur Kontrolle bedarf es ein unabhängiges Umweltmonitoring von der Bauleitplanung zum Regionalplan und Raumordnung.

Instrumente zur Umsetzung der Belange Klimaanpassung, Biodiversität, Biotopvernetzung und Risiko-Resilienz gibt es zahlreiche teils erprobte teils vernachlässigte Instrumente und Handlungsfelder wie die Flurneuordnung, interkommunale (vertikale und horizontale) Zusammenarbeit, Ortsrecht (siehe textliche Langfassung in der Resolution).

Erweiterte Textfassung (Ergänzung zu den zentralen Empfehlungen) Stand 2024

- **Kulturlandschaften Oberfrankens sichern**
- **nachhaltige Sicherung der ökologischen Funktion und robuste Stoffkreisläufe (C, H₂O, N):**
biodiversitätsfördernde Elemente in Landschaft erhalten/ausbauen & Lebensräume vernetzen; transparente Lösung von Nutzungskonflikten; Anreize, Belohnung, steuerliche Förderung biodiverse Landschaftselemente auf Flächen zu erhalten, auszubauen; Wasserrückhaltung in Landschaft (Rückbau Entwässerung Drainagen), aktiver Hochwasserschutz, aktive Trinkwasserversorgung.
- **Bewusstseinswandel von reiner intensiven Gewinn/Ertragsmaximierung zu nachhaltiger Ernährung bei Erhaltung der Naturraumfunktionen:**
bäuerliche (Familien/Genossenschaften geführte) Betriebe erhalten und regionale Produktvermarktung fördern (Logistikstrukturen, Sharing Economy, Kooperationen üb. Wasser- und Bodenverbände, Maschinenring); extensive Bewirtschaftungsformen mit Fachkenntnis passend für lokale geologische, bodenkundliche und klimatische Gegebenheiten. Ziel: „Regenerative Landwirtschaft“, Humusaufbau (Kohlenstoffbindung), Grundwasserbildung, genetische Vielfalt; vernetzte extensive Beweidungskonzepte & Erhalt/Zucht alter Nutztier- & Nutzpflanzenarten, digitale Weidezäune, nachhaltiger Tourismus, Vertragsnaturschutz.
- **Rücknahme der wirtschaftlichen Attraktivität flächenaufwendigen Anbaus von Biomasse ohne ökologischen Mehrwert.** PV (Agri-PV, FF-PV) mit biodiversitätsfördernden Begleitmaßnahmen und Mehrfachnutzung statt Biogas.
- **Städtische Infrastruktur: grün und blau statt grau**
- **Klima- & Biodiversitätsschutz und -Anpassung als rechtlich bindendes Kriterium (Pflichtaufgabe):**
bei jeder Baumaßnahme (auch im vereinfachten, beschleunigten Verfahren) und bei Verkauf / Verpachtung kommunaler od. kirchlicher Flächen.
- **biometeorologische Verhältnisse überwachen & durch städtebauliche Maßnahmen verbessern durch Verknüpfung der blau-grünen Infrastruktur und Durchlüftung über „bioklimatische Finger“:**
Reduzierung der Gesundheitsrisiken; Schaffung umweltresilienter biologischer Vielfalt Tier- & Pflanzenwelt in urbanen Belastungsräumen & naturverträglich Bewirtschaftung städtischer Flächen; blau-grüne Infrastruktur ausbauen (offene Gewässer, Wasserrückhaltung, Verdunstung und Stadtraumbepflanzungen); Frischluftzufuhr durch geeignete Baukörperstrukturen zur Durchlüftung der Stadt; Erholungsfunktion; Wohlfühlfaktor.
- **Konzept zur Lenkung / Management Niederschlagswasser, Versickerung & Verdunstung:**
„Schwammstadt“; verbaute Flächen (Gebäudeumfeld, Verkehrsräume inkl. Stellplätze, Aufenthaltsräume im Freien) entsiegeln, über funktionale bioklimatische Finger verknüpfen + flächensparende Mobilitätsformen im Zuge einer Mobilitätswende fördern.
- **Erneuerbare Energien** auf versiegelten Flächen (Verpflichtungen f. alle kommunalen & gewerblichen Flächen und bei Neubau).

- **Animal-Aided-Design berücksichtigen:** Glasfassaden minimieren; schädliche Umwelteinwirkung durch Lichtemissionen verbieten; Todesfallen (Luft/Lichtschächte, Einfriedungen) verhindern.
- konsequente, bindende, unbefristete **Ziel-Erreichung auf Ausgleichsflächen & Kontrolle**/Nachweis der Wirkung.

Vorbildwirkung der Kommunen: Beratungen bei Grundstücksgestaltung (Garten, Dach-, Fassadenbegrünung); Wettbewerb naturnaher, biodiverser Gartengestaltung; Einbindung privater Haushalte und Handel/Gewerbe.

- **Gesellschaft**

- verbindliche Festlegung Verantwortlichkeit / Entscheidungskompetenz über fest verankerte Gremien (politisch unabhängige Beiräte Klimaschutz/Anpassung, Naturschutz und Biodiversität).
- Förderung Zivilgesellschaft / Bürgerservices / gesellschaftliches Engagement durch:
 - + Schnittstellen zw. Bevölkerung, Politik, Verwaltung, Schulen, Lehr/Forschungseinrichtungen, Handel/Wirtschaft, Verbänden und Vereinen (NGOs) durch verbindliche (vertragliche) Gremien,
 - + Anreize für Biodiversitätsförderung (private Haushalte, Handel/Gewerbe/Industrie),
 - + Bildungsangebote, Naturerfahrungen, Citizen Science, Bürgerforschung,
 - + Integration von Wissen mit Handeln (beides zusammen denken und umsetzen).

- **Mittel**

- Zielführende Förderkulisse, einfache niedrigschwellige Erlangung (Antrag/Nachweis) von Finanzmitteln.
- Kontinuität und Flexibilität von Förderung, falls sinnvoll, Förderung von Privatpersonen und von Kleinstmaßnahmen.

- **Verankerung (im Recht)**

- Verankerung von Klimaschutz, Klimaanpassung und des Schutzes der Biodiversität als kommunale Pflichtaufgabe(n)
- unabhängiges (wissenschaftliches) Monitoring (Planung & Risikomanagement) / Kontrolle der Wirkung
- transparente, planbare, gesicherte gesetzliche Rahmenbedingungen, Überprüfung bestehender Instrumente, konsequente Durchsetzung
- demokratische, transparente Einbindung einer Vielzahl an Akteuren

Umsetzung der Empfehlungen durch Vorrang Berücksichtigung Biodiversität, Klimaanpassung, Biotopvernetzung, Risiko-Resilienz über...

die Verankerung als kommunale Pflichtaufgaben in der Landesgesetzgebung. Ermöglicht wird damit eine verbindliche Festlegung der Verantwortlichkeit mit Entscheidungskompetenzen in den Kommunen (Gemeinden, Landkreise und Bezirke) inkl. verstetigter personeller/technischer Ausstattung der Verwaltung auf allen Ebenen. Zur Kontrolle der Maßnahmenwirkung und ggf. Sanktionierung bedarf es ein unabhängiges Umweltmonitoring von der Bauleitplanung zum Regionalplan und Raumordnung. Instrumente zur Umsetzung der Belange Klimaanpassung, Biodiversität, Biotopvernetzung und Risiko-Resilienz (biometeorologische Extreme) geben folgende

Eine Flurneuordnung mit ökologischem Vorrang und eine konsequente Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Managementplanung, des EU-Renaturierungsgesetzes und der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Durch landespolitische Entscheidung sollte die interkommunale (vertikale und horizontale) Zusammenarbeit durch (steuerliche) Anreize, Förderungen und Fachpersonal ermöglicht und wertgeschätzt, Synergien über Landschaftspflege-, Naturschutz-, Wasser-, Bodenverbände genutzt und auf Gemeindeebene Ortsrecht (kommunale Satzungen, städtebauliche Verträge, ökologische Standards bei Grundstückskauf/Pachtverträgen) hinsichtlich Klimaneutralität, Biodiversität und Resilienz geschaffen werden.

Durch (steuerliche) Anreize, verstetigte, flexible (inkl. Privatpersonen/Unternehmen) Fördermittel und Fachpersonal könnten als Beispiele eine regionale Wertschöpfung, eine regenerative Landwirtschaft, Konzepte wie Sharing Economy (Wirtschaft des Teilens), Fairer Handel und transparente, demokratische Schnittstellen zur Bevölkerung generiert und praktisch umgesetzt werden.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Der Rückgang der Biodiversität (bestehend aus der Artenvielfalt, der Vielfalt der Lebensräume und der genetischen Vielfalt (Convention on Biological Diversity, 1992) ist eng mit der Klimakrise verbunden. Beide Probleme verstärken sich gegenseitig und teilen viele gemeinsame Ursachen, was dazu geführt hat, dass sie als Zwillingsskrisen betrachtet werden (Baier, 2019). Biodiversität und menschliche Gemeinschaften sind über sogenannte Beiträge der Natur zum menschlichen Wohlergehen (NCP) untrennbar miteinander verbunden. Biodiversität wird damit zur Existenzbedingung für die Stabilität und das Fortbestehen menschlicher Gemeinschaften. Die Beziehung zwischen Biodiversität und Klima ist komplex und umfasst Rückkopplungseffekte sowie nicht-lineare Dynamiken. Veränderte Temperaturen und Niederschlagsmuster beeinflussen die natürlichen Lebensräume von Arten so stark, dass Arten dadurch in ihrer Existenz gefährdet sind. Gleichzeitig trägt der Verlust der biologischen Vielfalt selbst ebenfalls zum Klimawandel bei. Intakte Ökosysteme spielen eine wichtige Rolle bei der Regulierung des Klimas, indem sie Kohlenstoff speichern und so dazu beitragen, den Treibhauseffekt zu mildern. Diese Kohlenstoffspeicherung wird durch instabile Ökosysteme reduziert oder verhindert (Pörtner et al., 2023).

Zu Grunde liegend für beide Krisen sind menschlichen Aktivitäten, die direkt in die Landschaft und Ökosysteme eingreifen wie die Land- und Forstwirtschaft, die Verkehrsplanung sowie die Siedlungsentwicklung. Letztlich sind es auf globaler Ebene problematische Produktions- und Konsumweisen, die zu einem weltweiten Rückgang der Biodiversität und zur Verschärfung der Klimakrise führen. Der Weltbiodiversitätsrat IPBES hält deshalb fest, dass soziale und ökologische Nachhaltigkeit nur durch einen grundlegenden Kulturwandel zu erreichen ist (Intergovernmental Science-Policy Platform On Biodiversity And Ecosystem Services, 2022).

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

Die Teilkonferenz „Biodiversität - Erhaltung der Kulturlandschaften“ vom 14. Nov 2024 führte Wissen und Erfahrungen von Akteuren aus Oberfranken mit entsprechender Expertise zusammen. Impulsvorträge zum Fokus ländliche Kulturlandschaften und zum Fokus städtische Grünflächen gaben einen fachlichen Einblick und den aktuellen Wissenstand wieder und stellten die Themen zur Diskussion. Anhand der Ergebnisse und Forderungen aus der Teilkonferenz der 1. RegioCOP2023 wurden durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Verwaltung (Gemeinde, Landkreis und Regierung), Forschung und Praxis die wichtigsten Punkte bestimmt, erneut diskutiert, konkretisiert und mögliche Hindernisse zur Umsetzung und sich daraus ableitende Forderungen definiert.

Ausblick RegioCOP 2025

Die bisher erarbeiteten Ergebnisse der 1. und 2. RegioCOP 2023 und 2024 sind fundierte, auf Expertise zahlreicher Akteure erarbeitete Handlungsempfehlungen und sinnvoll Forderungen, die Erhaltung, die Reaktivierung oder die Neuschaffung von artenreichen Kohlenstoff und Wasser bindenden Ökosystemen unserer teils Jahrtausend alten ländlichen Kulturlandschaften und städtischen Grünflächen langfristig zu gewähren. Sie sollen zur Schaffung (Fortführung) von Schnittstellen zw. Bevölkerung, Politik, Verwaltung, Schulen, Lehr/Forschungseinrichtungen, Handel/Wirtschaft, Verbänden und Vereinen (NGOs) führen. Folgende RegioCOP sollen die Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele federführend begleiten, die Intension aufrechterhalten, Handlungsdruck erzeugen und neue Impulse setzen.

Referenzen & relevante Literatur

- Baier, T. (2019, May 10). Artensterben und Klimawandel sind Zwillingskrisen. Süddeutsche.de. <https://www.sueddeutsche.de/wissen/klimawandel-artensterben-umweltschutz-1.4435719>
- Bayerischer Rundfunk. (2022). Ökosysteme im Wandel: Tiere und Pflanzen im Klimastress <https://www.ardalpha.de/wissen/umwelt/klima/klimawandel/tiere-pflanzen-klimawandel-klimastress-100.html>
- Metzen, H. (2022, November 2). Wie beschleunigt der Klimawandel das Artensterben? Aktuell Uni Bielefeld. <https://aktuell.uni-bielefeld.de/2022/11/02/wie-beschleunigt-der-klimawandel-das-artensterben/>
- Pörtner, H. O., Scholes, R. J., Arneth, A., Barnes, D. K. A., Burrows, M. T., Diamond, S. E., Duarte, C. M., Kiessling, W., Leadley, P., Managi, S., McElwee, P., Midgley, G., Ngo, H. T., Obura, D., Pascual, U., Sankaran, M., Shin, Y. J., & Val, A. L. (2023): Overcoming the coupled climate and biodiversity crises and their societal impacts. *Science*, 380(6642), eabl4881, <https://doi.org/10.1126/science.abl4881>
- Vogel, T. (2021, April 16). Naturbasierte Lösungen für klimaresiliente europäische Städte [Text]. Umweltbundesamt; Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/naturbasierte-loesungen-fuer-klimaresiliente>

Kontakt

Autoren: Dr. habil. Johannes Lüers (Univ. Bayreuth Wetter- Klimaforschung, Geschäftsleitung Bund Naturschutz in Bayern e.V. Kreisgruppe Bayreuth, bayreuth@bund-naturschutz.de, 0921-27230) und Dominik Eichel (Uni. Bayreuth Geoökologie, LBV, Students For Future, dominik.eichel@uni-bayreuth.de)

1.5. Teilkonferenz Ernährung

Bioregionales Essen in Kitas und Grundschulen- ein weicher Standortfaktor für Kommunen. Kommunale Querschnittsaufgabe, innovative Ausschreibungsverfahren und -strukturen

Überblick

Die diesjährige Teilkonferenz Ernährung wurde wie die Teilkonferenz der RegioCOP 2023 vom Ernährungsrat Oberfranken ausgerichtet. Sie fand am 18. November im Rathaussaal Coburg statt. Basierend auf dem umfassenden Forderungskatalog der RegioCOP 2023 wurde dieses Jahr spezifisch die Gemeinschaftsverpflegung als Hebel für eine Ernährungswende herausgepickt. Gemeinsam mit Verwaltungsmitarbeiter, die mit Ausschreibungen zu tun haben und politischen Entscheidungsträger aus allen Landkreisen Oberfrankens wurde die Forderung vom letzten Jahr „Ausschreibungen in Kommunen in Oberfranken sollten verpflichtend bioregional gestaltet werden“ im Hinblick auf Hürden diskutiert und ein gangbarer Weg skizziert, wie diese umgesetzt werden kann. Daraus sind folgende Empfehlungen entstanden:

Zentrale Forderungen

Empfehlung 1 (richtet sich an alle Kommunen in Oberfranken):

Wir wünschen, dass Kommunen ihre Hebelwirkung in der Gestaltung der Ernährungswende durch ihren Einfluss auf Ausschreibungen in der Gemeinschaftsverpflegung nutzen:

Der Anteil an bioregionalen Lebensmitteln in allen kommunalen Einrichtungen soll bei 10% beginnen und sukzessive um jährlich mindestens 10 Prozentpunkte gesteigert werden. Dieses geschieht in ständigem Abgleich mit der aktuellen Angebotssituation und unter Einbindung der Caterer, Lieferanten und aller weiteren betroffenen Gruppen, wie Eltern, Patienten, etc.

Kommunale Beschlüsse dienen als Einstieg in den Prozess. Die Kommunen arbeiten in der Gestaltung der Ausschreibungen eng mit dem Ernährungsrat Oberfranken zusammen, der den Auftrag des BÖLN hat, Wertschöpfungsketten und Logistik für bioregionale Versorgungsstrukturen aufzubauen. Hinsichtlich interkommunaler Zusammenarbeit kann sich am Coburger Modell

Empfehlung 2 (richtet sich an kommunale Spitzenverbände und Bayrischen Gemeindetag):

Eine gesunde, nachhaltige und resiliente Lebensmittelversorgung muss als Daseinsvorsorge der Kommune gelten und damit zur kommunalen Pflichtaufgabe gehören. Die hierfür im Rahmen einer Reform der Kommunalfinanzierung einzustellenden finanziellen Mittel können Kommunen einsetzen, um zum Beispiel resiliente Ernährungssysteme und eine bio-regionale Mittagsverpflegung für Kinder in staatlicher Obhut zu gewährleisten.

Empfehlung 3 (richtet sich ans Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus):

Koch- und Hauswirtschaftsberufe sollen reformiert und modernisiert werden und an die Bedarfe einer gesunden und vielfältigen Ernährungslandschaft angepasst werden: Wir fordern, dass Kochen mit saisonalen und pflanzlichen Produkten Teil einer jeden Kochausbildung wird. Dadurch und mit einer konzertierten Ausbildungsinitiative soll dem Fachkräftemangel begegnet werden.

Weitere Forderungen

- S. hierzu Forderungen der RegioCOP 2023 entlang der ganzen Lebensmittelwertschöpfungskette: Es braucht Veränderungen der Rahmenbedingungen in Landwirtschaft, Weiterverarbeitung, außerhalb Verpflegung und Verbrauch.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Das Themenfeld Gemeinschaftsverpflegung ist ein Feld, in dem die Kommune als Trägerin von öffentlichen Einrichtungen besonders viele Handlungsspielräume hat. In Oberfranken gibt es 729 Kindergärten, 240 Ganztageschulen, 150 Senioreneinrichtungen, 24 Krankenhäuser und 17 Reha- und Gesundheitseinrichtungen. Dort werden jeden Tag eine große Anzahl an Essen gekocht. Wenn wir diese Essen auf bio-regional umstellen würden, wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Ernährungswende vollzogen. Durch die gesicherte Abnahmemenge, die Landwirte durch Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen hätten, hätten sie eine Sicherheit, auf ökologische Landwirtschaft umstellen zu können. Deutschlandweit werden über die Gemeinschaftsverpflegung täglich über 17 Millionen Menschen versorgt. Die Außerhaus-Verpflegung stellt daher einen der größten Hebel für eine Ernährungswende dar. Durch Kooperationen zwischen Erzeugern und Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung können resiliente Wertschöpfungsräume aufgebaut und Kulturlandschaften erhalten werden. Durch gesunde Ernährung werden Kinder weniger krank und auch Eltern fallen daher nicht so oft wegen Krankheit aus: kurzum eine Investition in die Zukunft, die sich aus mehrfacher Hinsicht für Kommunen lohnt.

Leider sind sich viele Kommunen dieser Hebelwirkung nicht bewusst. Gleichzeitig ist eine Umstellung auf bioregionales Essen von heute auf morgen wegen fehlender Logistik- und Vorverarbeitungsstrukturen nicht so einfach. Damit Ausschreibungen bioregional gestaltet werden können, braucht es einen Ausbau des Angebots an bioregionalen Produkten. Um beides parallel weiterzuentwickeln, müssen Kommunen mit Caterern, Lieferanten und betroffenen Akteuren in Kontakt treten. Dafür fehlt es oft an Mitteln, denn auch wenn eine gesunde, nachhaltige und resiliente Lebensmittelversorgung als Daseinsvorsorge gelten sollte, ist es ebenso wie Klimaschutz keine Pflichtaufgabe. Diese Problematik, die immer wieder im Handlungsfeld Ernährung in Bezug auf kommunale Handlungsspielräume auftaucht, wird durch Forderung 2 adressiert. Weitere Herausforderungen sind die fehlende Akzeptanz für bioregionale Lebensmittel und damit einhergehende Preissteigerungen, die fehlende Nachfrage nach schulischer Verpflegung, der Fachkräftemangel und das fehlende Wissen von Köchen mit saisonalen, frischen Produkten zu kochen (s. Empfehlung 3), sowie die fehlende Ernährungsbildung. Durch die EU-Wettbewerbsgesetzgebung gibt es außerdem eine Reihe von Hürden und Ängsten, rechtssicher auch regionale Produkte auszuschreiben.

Wir haben uns bemüht, Zuständige für Ausschreibungen aus allen Landkreisen und kreisfreien Städten Oberfrankens zu gewinnen, um einen Einblick in die jeweilige Situation und bestehende

Hürden zur Umsetzung der Forderung zu bioregionalen Ausschreibungen der letzten RegioCOP zu bekommen. Dabei zeigte sich bereits: Die Situation ist heterogen und sieht in jedem Landkreis anders aus. In einigen Städten und Landkreisen liegen die Ausschreibungs- und Abrechnungshoheiten bei der kommunalen Verwaltung. In vielen Fällen sind die Zuständigkeiten nicht klar und es besteht kein Wissen darüber, woher die öffentlichen Schulen ihre Lebensmittel beziehen. Nicht selten gibt es Zweckverbände für Schulen in Stadt und Landkreisen, die zentral ausschreiben. Auch zentrale Vergabeämter für Stadt und Landkreise im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit sind möglich (Beispiel Coburg). In anderen Fällen sind kommunale Einrichtungen zu klein, sodass nicht ausgeschrieben werden muss, oder Kommunen besitzen Fachaufsichten und außerkommunale Träger kümmern sich um die Verpflegung. In einigen Fällen ist das Schulamt, in anderen das Jugendamt das zuständig.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

Ziel dieser Veranstaltung war es daher, **innovative Ausschreibungsverfahren und Verwaltungsstrukturen kennenzulernen**, die eine nachhaltigere Ausschreibung in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung verankern können und Lösungswege zur Begegnung der Hürden zu entwickeln, die die Ämter da abholen, wo sie grade stehen. Dazu gab es zunächst einen Input von André Jeroma vom Ernährungsrat Niedersachsen, der innovative Wege zur Gestaltung von Ausschreibungen vorstellte. Im Anschluss stellte Christopher Löffler das Vergabeamt in Coburg vor, das zentral für Stadt und Landkreis ausschreibt. Durch die interkommunale Zusammenarbeit können Vergabeverfahren standardisiert und Rechtssicherheit garantiert werden. Gleichzeitig werden kleine Kommunen entlastet.

Anhand der im Anschluss folgenden Diskussionen mit den Landkreisvertretern haben wir einen gangbaren Weg gezeichnet, der die einzelnen Landkreise in ihrer jeweiligen diversen Situation mitnimmt. Dieser wird durch Empfehlung 1 ausgedrückt: Wichtig ist, dass sich Kommunen auf den Weg machen, Einfluss auf die Lebensmittelversorgung der Schulen und anderen Einrichtungen zu nehmen. Dafür braucht es dort, wo die Verwaltung damit noch nicht beauftragt ist, einen Stadtratsbeschluss. In einem Folgeschritt braucht es eine Markt- und Angebotsanalyse, denn diese ist die Basis für die Einstiegsquote, denn es soll ja auch jemand geben, der die Ausschreibung bedienen kann. Hier kann der Ernährungsrat Oberfranken unterstützen, der grade im Rahmen eines Projektes des Bundesprogramms Ökologischer Landbau (BÖLN) dabei ist, bioregionale Strukturen in der Gemeinschaftsverpflegung aufzubauen (Kooperationen mit EPOS Biopartner Franken, Biolieferservice Freigarten Stein, dem neu entstehenden Cateringunternehmen Nährwerk, Entwicklung einer Plattform zur Verknüpfung von Mikro- und Makrologistik). Je nach Ausgangslage und Entwicklung von derselben sollte der bioregio-Anteil dann sukzessive gesteigert werden, s. Empfehlung 1. Der Einbezug von allen Akteuren ist auch zur Gewinnung der Akzeptanz wichtig.

Auch wenn das Thema komplex ist und es eine Reihe von Hürden gibt, gibt es auch eine Vielzahl an Lösungen: Ausschreibungen können anhand von Leitfäden (z.B. Leitfaden der Biostädte und Handreichung des Kompetenzzentrums für Ernährung Kulmbach) innovativ gestaltet werden und Prozesse vereinfacht werden. Preishürden können durch eine Änderung des Speiseplans, sowie durch die Etablierung von Frischebuffets durch Schülerinnen und Schüler, sowie durch eigenes Schulpersonal für die Essensausgabe gesenkt werden. Außerdem werden gerade für Oberfranken große Potenziale gesehen: Das bayerische Bildungsgesetz sieht in Artikel 131 den Leitgedanken „Schule fürs Leben“ vor. Hier kann Ernährungsbildung als Alltagsbildung in der

Verpflegung verankert werden. Auch über die Kulturministerkonferenz können Veränderungen angestoßen werden.

Der Ernährungsrat wird in den kommenden Monaten vertiefende Runde Tische zur Begleitung der Ämter organisieren.

Ausblick RegioCOP 2025

Während der RegioCOP23 haben wir uns das Lebensmittelsystem in Bezug auf Handlungsnotwendigkeiten in der gesamten Wertschöpfungskette angeschaut. Daraus sind Forderungen aus der Landwirtschaft, aus der Weiterverarbeitung, aus der Außerhaus Verpflegung und aus Einzelhandel und Verbrauch entstanden: https://regiocop.de/wp-content/uploads/2024/08/Ergebnisdokument_Ernaehrung.pdf. So wie wir auf der RegioCOP 2024 bei einer Forderung in die Tiefe gegangen sind, soll das auch 2025 mit weiteren dieser Forderungen geschehen.

Referenzen & relevante Literatur

1. Mehr bio in Kommunen: Ein Praxisleitfaden des Netzwerkes der Biostädte: https://www.biostaedte.de/images/pdf/leitfaden_V4_verlinkt.pdf
2. KERN: Vergabe von Verpflegungsleistungen: <https://www.kern.bayern.de/wissenstransfer/220169/index.php>
3. Sipple, David; Wiek, Arnim (2023): Kommunale Instrumente für die nachhaltige Ernährungswirtschaft. Unter Mitarbeit von Chair of Environmental Governance und Professur für Environmental Governance.
4. Sipple, David; Wiek, Arnim; Schanz, Heiner (Hg.) (2024): Nachhaltige Gestaltung von lokalen Ernährungssystemen durch Kommunalpolitik und -verwaltung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, zuletzt geprüft am 29.10.2024.
5. Stierand, Philipp (2014): Speiseräume. Die Ernährungswende beginnt in der Stadt. München: oekom.

Kontakt

Ernährungsrat Oberfranken

E-Mail: info@ernaehrungsrat-oberfranken.de

www.ernaehrungsrat-oberfranken.de

Adresse: Umweltbüro Bayreuth, Alexanderstraße 9, 95444 Bayreuth

AutorInnen: Julia Marx (forum1.5, Ernährungsrat Oberfranken)

1.6. Teilkonferenz Gesundheit

Gesundheit braucht Klimaschutz: Planetary Health in Oberfranken umsetzen

Überblick

Gesundheitsberufe fordern zum Handeln im Sinne Planetarer Gesundheit auf, um positive Wechselwirkungen zwischen der Umwelt, den Tieren und der menschlichen Gesundheit zu erzeugen. Dazu werden die Schwerpunkte auf Modellprojekte sowie erlebbare und breitgestreute Bildungsangebote zu Planetary Health gelegt.

Zentrale Forderungen

- Bei der Planung der Klinikneubauten in Coburg und Bayreuth soll kritisch am Beispiel des Green Hospitalplus Lichtenfels eine partizipative, Planetary Health Planung umgesetzt werden. Dabei sollen Akteure wie der Lehrstuhl für Planetary Health, der Lehrstuhl für Ernährungsphysiologie, Ernährungsrat, Architects for Future, Psychologists/ Psychotherapists for Future, KliMeG, Personal sowie Patient:innen in der Planung miteinbezogen werden.
- Das Thema Planetary Health muss als Querschnittsthema umgesetzt werden. Dazu soll ein Ort für erlebbare Bildungsangebote zu gesundheitsfördernden Planetary Health Thematiken für alle Bürger:innen aufgebaut werden, zum Beispiel im Rahmen eines zentralen Gesundheitszentrums mit dem Schwerpunkt Gesundheitsförderung und Prävention.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

„Durch Bienensterben fallen Ernten aus und Menschen hungern. Durch mildere Temperaturen und Luftverschmutzung gibt es immer mehr Allergiker:innen. In Hitzewellen sterben zunehmend Menschen. Die Zusammenhänge sind oft komplex, genau wie die Mechanismen und Systeme dahinter“ (Health for Future Deutschland).¹

Das Fortschreiten der Umwelt- und Klimakrisen hat diverse Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen. Aus dieser Erkenntnis wuchs das Gesundheitskonzept der Planetary Health. Hierbei werden die Wechselwirkungen von Umwelt, Tieren und Menschen miteinbezogen. Planetary Health ist eine soziale Bewegung aus den Gesundheitsberufen heraus, in alle Lebensbereiche hinein.² Die wissenschaftliche Basis bilden die Planetaren Grenzen, welche aufzeigen in welchem Rahmen die Erdsysteme für den Menschen lebensfähig sind. Im Jahr 2023 wurde deutlich, dass aktuell 6 von 9 Grenzen überschritten sind und ein deutlicher Handlungsapell innerhalb der sicheren Handlungsspielräume der Erdsysteme für den Menschen zu gelangen geht damit einher.^{3,4}

Beispiele für konkrete Auswirkungen der Umwelt- und Klimaveränderungen auf die Gesundheit von Menschen in Oberfranken:

- Neue Viren durch das Ausbreiten der Gebiete für die Vektoren, z.B. die Ausbreitung der Tigermücke, welche verschiedene und für die Region neue Krankheitserreger übertragen kann.
- Neue Pflanzenarten und dadurch starke Allergene, welche einen Anstieg sowie eine Verlängerung von Allergien herbeiführt.
- Sowohl Dürre als auch Trockenheit steigen mit hoher Wahrscheinlichkeit an, wodurch auch Überschwemmungsgefahr steigt.⁵

Die Umwelt- und Klimaveränderungen betreffen uns auch lokal in Oberfranken. Das Gesundheitswesen hat die Verantwortung sich für die Gesundheit der Menschen einzusetzen und aus diesem Grund fordern wir ein politisches Handeln im Sinne der Planetaren Gesundheit, auch auf lokaler Ebene in Oberfranken.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

Die Teilkonferenz Gesundheit vom 12.11.24 im Rahmen der RegioCOP in Bayreuth wurde von Mitgliedern von Health-for-Future Bayreuth (H4F) gestaltet.

1. Einführung und Zielsetzung:

- Stefan (Forum 1.5 und H4F) eröffnete die Teilkonferenz und gibt eine Übersicht über die RegioCOP-Veranstaltungen. Er erklärt auch die Struktur von H4F und den Zusammenhang mit dem Verein Klimawandel und Gesundheit (KluG e.V.).
- Das Ziel der Teilkonferenz, in Form einer ZukünfteWerkstatt⁹ ist es, Mitwirkende für das Thema Planetary Health zu gewinnen und 2-3 Forderungen an Verantwortliche in Oberfranken zu formulieren.

2. Zukunftsvision (wahrscheinliche Zukunft):

- Hannah nimmt die Teilnehmer:innen auf eine Zukunftsreise mit. Eine wahrscheinliche Zukunft, in dem das Gesundheitssystem unter Hitze, Personalmangel und neuen Krankheiten wie Dengue-Fieber leidet.
- Es wird die Frage aufgeworfen, ob zukünftige Lösungen des Gesundheitssystems, nur für Reiche zugänglich sein werden.

3. Definition von Planetary Health:

- Planetary Health beschreibt die Verbindung zwischen der Gesundheit des Menschen, der Tiere und der Ökosysteme, und unterstreicht die Abhängigkeit des menschlichen Wohlbefindens von intakten Ökosystemen.
- Planetare Belastungsgrenzen und die Überschreitung dieser Grenzen werden thematisiert.

4. Vorträge ‚Wünschenswerte Zukünfte‘

- Prof. Wilm Quentin referiert über die Transformation des Gesundheitssystems innerhalb planetarer Grenzen und die Notwendigkeit, die negativen Auswirkungen des Gesundheitssystems auf die Umwelt zu reduzieren.
- Dr. Carmen Jochem spricht über die Bedeutung der Planetary Health Literacy für Gesundheitsfachkräfte.

- Dr. Laemmert stellt die gesundheitsfördernde Gestaltung von Hochschulen vor (Aufbau eines universitären Gesundheitsmanagements mit systemischer Perspektive).
- Svenja Krug präsentiert die gesundheitsfördernde Lebensumfeldplanung (u.a. mit Berücksichtigung der Wohnpsychologie).

5. Gruppenarbeit (alternative Zukünfte):

- Die Teilnehmenden bearbeiten in zwei Gruppen ‚alternative Zukünfte‘. Dabei wurden Herausforderungen und Lösungsansätze zur Ökologisierung des Gesundheitssystems deutlich.
- Themen der Gruppenarbeit sind: Endökonomisierung der Gesundheitsversorgung, patientenorientierte Krankenhausgestaltung, Finanzierung, bioregionale Ernährung und die Integration von Planetary Health in den Krankenhausneubau.

6. Ergebnispräsentation und Diskussion:

- Die Ergebnisse der ersten Gruppe betont die Bedeutung von Bildung, alternativen Wirtschaftsmodellen und der Nutzung indigenen Wissens.
- Die Ergebnisse der zweiten Gruppe konzentriert sich auf bioregionale Ernährung, bedürfnisorientierte Versorgung und partizipative Architektur im Krankenhaus.

7. Formulierung von Forderungen (Gemeinsame Zukunftsvision):

- Die Teilnehmenden formulieren zwei Kernforderungen:
 - Integration von Planetary Health in die Planung der Klinikneubauten in Coburg und Bayreuth als Modellprojekte. Mitbedacht werden sollen Themen wie nachhaltige Verpflegung angelehnt an Planetary Health Diet und die aktuelle DGE-Empfehlungen, nachhaltiger Bau, Hitzeresistenz sowie niedrige Emissionen beim Bau.^{6,7}
 - Etablierung von Planetary Health als Querschnittsthema und Schaffung eines zentralen Gesundheitszentrums. Einschließlich einer Ausweitung von Bildungsangeboten für Gesundheitsfachkräfte und die breite Bevölkerung. Dabei wird betont, dass diese Angebote erlebbar gestaltet werden sollen.
 - Weitere Forderungen wurden diskutiert.

8. Abschluss:

- Die Teilkonferenz endet mit der Diskussion über die Umsetzung der Forderungen, die Einbindung verschiedener Akteure und die Bedeutung von niedrigschwelligen Bildungsangeboten.

Es wird deutlich, dass die Teilnehmenden die Notwendigkeit einer Transformation des Gesundheitssystems im Sinne von Planetary Health erkannt haben und konkrete Forderungen an die Kommunen in Oberfranken (konkret auch Stadt Bayreuth, Stadt Coburg), Sana Klinik sowie den Freistaat Bayern (ggf. weitere) formuliert haben.

Ausblick RegioCOP 2025

Reflexion der weiteren Kooperation der teilnehmenden und angesprochenen Akteure in Bezug auf die benannten Forderungen sowie eventuelle Schwerpunkte der Ernährung und Hitzeschutz.

Referenzen & relevante Literatur

1. Health for Future (2020): Planetare Gesundheit. <https://healthforfuture.de/planetary-health/> (20.11.2024).
2. O. Müller, A. Jahn, S. Gabrysch (2018): Planetary Health: Ein umfassendes Gesundheitskonzept. <https://www.aerzteblatt.de/archiv/201358/Planetary-Health-Ein-umfassendes-Gesundheitskonzept> (20.11.2024)
3. Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (2023): Planetare Grenzen – Ein sicherer Handlungsraum für die Menschheit. <https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/planetare-grenzen> (20.11.2024).
4. Stockholm Resilience Centre (2023): Planetary boundaries. <https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html> (20.11.2024).
5. Bayerisches Landesamt für Umwelt (2022): Bayerns Klima im Wandel – Klimaregion Mainregion. [https://www.bestellen.bayern.de/application/applstarter?APPL=eshop&DIR=eshop&ACTIONxSETVAL\(artdtl.htm,APGxNODENR:1325,AARTxNR:lfu_klima_00178,AARTxNODENR:358788,USERxBODYURL:artdtl.htm,KATALOG:StMUG,AKATxNAME:StMUG,ALLE:x\)=X](https://www.bestellen.bayern.de/application/applstarter?APPL=eshop&DIR=eshop&ACTIONxSETVAL(artdtl.htm,APGxNODENR:1325,AARTxNR:lfu_klima_00178,AARTxNODENR:358788,USERxBODYURL:artdtl.htm,KATALOG:StMUG,AKATxNAME:StMUG,ALLE:x)=X) (20.11.2024).
6. F. Schmäzle (2024): Klinikum baut sich neu. <https://klinikum-bayreuth.de/aktuell/news/artikel/klinikum-baut-sich-neu> (20.11.2024).
7. Stadt Coburg (2023): Projekt Klinikneubau geht in die nächste Phase. <https://www.mein-coburg.de/projektvorstellung-neubau-klinikum-coburg/> (20.11.2024).
8. Stadt Coburg (2024): Seriöser und kompetenter Träger. <https://www.coburg.de/stadtpolitik/oberbuergemeister/reden-und-grussworte/mitteilung.php> (20.11.2024).
9. Unesco (2012): futures literacy & foresight. <https://www.unesco.org/en/futures-literacy> (20.11.2024)

Autor:innen: Jana Ruth Zisowsky, Stefan Wladarsch, Martin Harvolk

1.7. Teilkonferenz Sport

Nachhaltige Mobilität im Sport

Überblick

Sport ist ein themenübergreifendes Feld, welches die Bewegung im Freizeitbereich und alle damit zusammenhängenden Akteure und Strukturen umfasst. Der gesellschaftliche, soziale und gesundheitliche Mehrwert des Sports ist enorm. So können über spielerische Elemente Bewegung, Gesundheit, Integration aber auch Umweltbewusstsein vermittelt werden. Der Sport selbst birgt aber, wie jede Tätigkeit auch, Effekte, die entgegen den übergeordneten Zielen wirken. So können vermeidbare Emissionen, Exklusion und andere Benachteiligungen entstehen. Um diese ungewollten Seiteneffekte möglichst zu reduzieren, benötigt es zum einen die Kommunikation und Integration von Bildungs- und Information-Formaten in Vereinen, Verbänden und Gesellschaft, sowie das Fördern von Angeboten die niederschwellige Optionen bieten.

Zentrale Forderungen

- Forderung 1: **Netzwerk nachhaltiger Sport Bayreuth/Oberfranken:** sportartenübergreifendes Netzwerk zur Kommunikation, Kooperation & effizienter Ressourcennutzung. (z.B. Weiterbildungsmöglichkeiten, Informationsangebot, Absprachen, Sharing-, Mietangebot & Mehrfachnutzung von Geräten & Räumlichkeiten)
- Forderung 2: **Nachhaltige Mobilität** im Sport soll von Anfang an mitgedacht & die ÖPNV-Anbindung & Taktung verbessert werden. (ÖPNV-Veranstaltungstickets & Erreichbarkeit)
- Forderung 3: **Nachhaltigkeit auf die Agenda** der Verbände bringen. (Training, Wettkampfbedingungen, Spielzeiten & Rahmen anpassen)

Weitere Forderungen

- Forderung 1: Nachhaltige Materialien (Art des Materials, Hersteller aus der Region)
- Forderung 2: Positives Framing von Nachhaltigkeit im Sport
- Forderung 3: Stellenwert des Sports & Vereine für soziale Nachhaltigkeit

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Sport ist ein themenübergreifendes Feld, welches die Bewegung im Freizeitbereich und alle damit zusammenhängenden Akteure und Strukturen umfasst. Der gesellschaftliche Mehrwert des Sports ist enorm. So können über spielerische Elemente Bewegung, Gesundheit, Integration aber auch Umweltbewusstsein vermittelt werden. Sport sorgt für Kommunikation über alle Gesellschaftsebenen. Sport fördert die mentale und physische Gesundheit. Sport verbindet.

Der Sport selbst birgt aber Effekte, die entgegen den eigentlich übergeordneten Zielen wirken können. So können Treibhausgas-Emissionen durch die sportbedingte Mobilität, den Bau und die Nutzung von Sportstätten, sowie den Konsum von Artikeln für den Sport entstehen. Aber auch Exklusion aufgrund von Rivalitäten oder andere gesellschaftliche Spannungen können entstehen.

Die Konsequenzen einer ausbleibenden Reflexion dieser Effekte kann langfristig negative Auswirkungen auf unser gesellschaftliches Miteinander sowie die Umwelt als Lebens-, Überlebens- und letztendlich Bewegungsraum haben.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

Die Teilkonferenz Sport wurde durch den Thinktank „sportainable“, vertreten durch Fabian Sommer am 13.11.2024 in Bayreuth moderiert. Hier wurden zusammen mit den Teilnehmer:innen im Workshop-Format „World-Café“ zwei Themenschwerpunkte diskutiert. Der erste Schwerpunkt konzentrierte sich auf nachhaltige Mobilität im und zum Sport. Dieser Schwerpunkt wurde auf Basis der Ergebnisse der Teilkonferenz im Vorjahr gewählt. In der zweiten Runde sollten nochmal generell Themen diskutiert werden, die lt. der TeilnehmerInnen für eine nachhaltige Transformation des Sports mitgedacht werden müssen.

Die Fragen der ersten Runde:

1. Welche Hürden gibt es, nachhaltige Mobilität im Kontext Sport in Bayreuth und Oberfranken zu integrieren?
2. Welche strukturellen Voraussetzungen und Handlungsmöglichkeiten müssten von Vereinen, Verbänden und seitens der Stadt/des Regierungsbezirks geschaffen werden?
3. Welche konkreten Lösungsansätze gibt es auf allen Ebenen, um die sportbedingte Mobilität nachhaltiger zu gestalten?

Die Fragen der zweiten Runde:

1. Welche weiteren Bereiche des Sports und sportlichen Treibens seht ihr als wichtigen Ansatzpunkt zur nachhaltigen Transformation?
2. Wie könnten Sporttreibende hier systematisch von Vereinen, Verbänden und Stadt/Land unterstützt werden?
3. Welche Voraussetzungen/Anreize braucht es, damit man selbst nachhaltiger handeln kann?

Mobilität im und zum Sport

In der ersten Diskussionsrunde zu mobilitätsbezogenen Themen wurden mehrere Hürden für verschiedene Stakeholder im Sport identifiziert. Ein Hauptthema war die unzureichende Infrastruktur. Beispielsweise ist das Radwegenetz in Bayreuth lückenhaft, und fehlende Beleuchtung sorgt besonders in den Herbst- und Wintermonaten für Unsicherheiten, insbesondere bei weiblichen und jüngeren Sportler:innen. Ebenso wurden mangelnde oder unsichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder kritisiert, was die Nutzung aktiver Mobilität einschränkt. Öffentliche Verkehrsmittel bieten oft keine mit den Trainingszeiten kompatible Taktung, wodurch lange Wartezeiten entstehen.

Um nachhaltige Mobilität im Sport zu fördern, sind Maßnahmen innerhalb der Vereine und Verbände besonders wichtig. Hierzu zählen Plattformen oder Chatgruppen, die Fahrgemeinschaften für Autos oder Fahrräder organisieren. Solche einfachen digitalen Lösungen können mit wenig Aufwand über Messenger-Apps eingerichtet werden und die interne Kommunikation stärken. Diese Plattformen könnten auch als Mitfahrzentralen zu Wettkämpfen oder Sportevents dienen, was nicht nur Emissionen reduziert, sondern auch den Zusammenhalt innerhalb der Vereine fördert.

Ein weiterer Ansatz ist die Förderung aktiver Mobilität, wie Radfahren oder Gehen, als Teil des sportlichen Alltags unter dem Konzept „Sport zum Sport“. Die aktive Anreise zur Sportstätte wird dabei nicht nur als Fortbewegungsmittel, sondern als eigenständiger Beitrag zum Training und zur Gesundheitsförderung betrachtet. Dies könnte durch gezielte Kampagnen oder Events innerhalb der Vereine, wie „Aktiv zum Training“-Tage, unterstützt werden.

Ein besseres Framing der aktiven Mobilität, z. B. als Teil eines gesunden und nachhaltigen Lebensstils, kann dazu beitragen, die Akzeptanz zu steigern (Kopatz, 2016). Die Bereitstellung sicherer Radwege und beleuchteter Strecken sowie gut ausgestatteter Fahrradabstellplätze durch Kommunen und Vereine ist hierfür essenziell.

Darüber hinaus könnten Vereine aktiv mit der Stadt zusammenarbeiten, um Trainingszeiten und Wettkampfplanungen besser mit den Fahrplänen des ÖPNV abzustimmen. Auch die Integration von ÖPNV-Tickets in Eintrittskarten zu Sportevents könnte einen Beitrag leisten, um klimafreundliche Anreisen zu fördern und gleichzeitig soziale Barrieren abzubauen. Solche Maßnahmen schaffen nicht nur einen direkten Anreiz, sondern normalisieren auch den ÖPNV als primäres Verkehrsmittel (Schneider et al., 2022; Wicker, 2019).

Weitere wichtige Themen der Transformation im Sport

Neben der Mobilität wurden in der Diskussion Materialeinsatz und Kooperationen zwischen Akteuren als zentrale Themen identifiziert. Viele Sportarten sind materialintensiv, was ökologische und ökonomische Herausforderungen mit sich bringt. Kooperationen zwischen Vereinen, Verbänden und Herstellern könnten dazu beitragen, langlebige und nachhaltigere Sportartikel zu fördern. Dies schließt ressourcenschonende, recyclebare oder emissionsarme Produktionsprozesse ein (Luthe et al., 2013).

Die Förderung von Sammelbestellungen für Sportgeräte und -kleidung könnte Kosten sparen und den Zugang zu nachhaltigeren, oft teureren Optionen erleichtern. Gleichzeitig könnten Hersteller dazu verpflichtet werden, verbrauchte Produkte zurückzunehmen und in den Produktionskreislauf zu integrieren (Wilby et al., 2023).

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die gemeinsame Nutzung von Sportstätten und Materialien durch geografisch nahegelegene Vereine. Dies reduziert nicht nur Kosten, sondern fördert auch den Austausch zwischen Vereinen.

Bildungsangebote sollten vereins- und sportartenübergreifend gestaltet werden. So könne Erste-Hilfe-Kurse, aber auch Angebote Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) so organisiert werden, dass Vereinsmitglieder:innen, Eltern und Sporttreibende ohne Belehrung sensibilisiert und motiviert werden, nachhaltiger zu handeln, aber auch ein Netzwerk zu bilden (UNESCO, 2020). Zudem können Best Practice-Beispiele zeigen, wie umsetzbare, nachhaltige Lösungen im Sportbereich aussehen und durch ihre Erfolgsgeschichten motivieren. Sie bieten praktische Ansätze, die leicht in anderen Regionen oder Vereinen übernommen werden können.

Zusammenfassend ist der Workshop auf ähnliche Ergebnisse wie im Vorjahr gekommen. Anbei nochmal stichpunktartig die wichtigsten Schlüsse und Empfehlungen:

1. Plattformen zur Fahrgemeinschaftsorganisation:
Einfache digitale Lösungen über Messenger-Apps, um Fahrgemeinschaften für

Trainings und Wettkämpfe zu organisieren. Dies fördert den Zusammenhalt im Verein und reduziert Emissionen (Schneider et al., 2022).

2. Förderung aktiver Mobilität ("Sport zum Sport"):
Radfahren und Gehen als integrierter Bestandteil des Trainings und der Gesundheitsförderung. Veranstaltungen wie „Aktiv zum Training“-Tage könnten das Bewusstsein und die Akzeptanz für aktive Mobilität steigern (Kopatz, 2016).
3. Infrastrukturverbesserung und Zusammenarbeit:
 - a. Verbesserung der Radwege und Bereitstellung sicherer Fahrradabstellmöglichkeiten durch Kommunen und Vereine.
 - b. Optimierung der Trainingszeiten und Wettkämpfe in Zusammenarbeit mit den Fahrplänen des ÖPNV, um klimafreundliche Anreisen zu ermöglichen.
4. Integration von ÖPNV-Tickets in Eintrittskarten:
Förderung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Integration von ÖPNV-Tickets in Eintrittspreise zu Sportevents, um soziale Barrieren zu überwinden und klimafreundliche Anreisen zu fördern (Wicker, 2019).
5. Nachhaltiger Materialeinsatz und Kooperationen:
 - a. Förderung von ressourcenschonenden, recyclebaren und emissionsarmen Sportartikeln durch Kooperationen zwischen Vereinen, Verbänden und Herstellern (Luthe et al., 2013).
 - b. Sammelbestellungen für Sportgeräte und -kleidung, um den Zugang zu nachhaltigeren Optionen zu erleichtern.
6. Gemeinsame Nutzung von Sportstätten:
Nutzung gemeinsamer Sportstätten und Materialien durch benachbarte Vereine zur Reduktion von Kosten und Förderung des Austauschs.
7. Bildungsangebote und Weiterbildung:
Durchführung von vereinsübergreifenden Weiterbildungen zu Themen wie Erste Hilfe und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), um Vereinsmitglieder und Sportler zu sensibilisieren und zu motivieren (UNESCO, 2020).
8. Nutzung regenerativer Energiequellen:
Installation von Photovoltaikanlagen und anderen erneuerbaren Energiequellen auf Sportstätten, um den Energieverbrauch nachhaltiger zu gestalten und zusätzliche Einnahmen zu generieren.
9. Best Practice Beispiele als Motivation und Vorbild für realistisch umsetzbare Projekte

Ausblick RegioCOP 2025

Leitthemen für die RegioCOP 2025:

- Nachhaltige Mobilität im Sport: Förderung von umweltfreundlichen Anreisemöglichkeiten und Mobilitätskonzepten für Sportvereine. Konkrete Lösungsansätze anhand von Best-Practice-Beispielen.
- Kreislaufwirtschaft im Sport: nachhaltige Produktion und Rücknahme von Sportartikeln.

- Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE): Integration von BNE und praktischen Schulungen für Sportler und Vereinsmitglieder.

Methodik:

- Workshops und Best-Practice-Case-Studies zur praxisorientierten Umsetzung nachhaltiger Lösungen.
- Panel-Diskussionen mit Expert:innen aus verschiedenen Bereichen.

Teilnehmer:

- Sportvereine und -verbände zur Umsetzung von nachhaltigen Konzepten.
- Politische Entscheidungsträger:innen für die Schaffung der nötigen Infrastruktur.
- Wissenschaftler:innen und Hersteller für nachhaltige Produktionsansätze.
- Verwaltung (Liegenschaften) - die für (die Nutzung) kommunale Sportstätten verantwortlich sind

Die Konferenz könnte so als Plattform für den Austausch von Ideen und Lösungen dienen, um die Transformation des Sports nachhaltig zu gestalten. Wichtig ist hierbei die beteiligten Stakeholder frühzeitig und gezielt für den Austausch gewinnen zu können.

Referenzen & relevante Literatur

Kopatz, M. (2016). *Ökoroutine. Damit wir tun, was wir für richtig halten*. München: oekom.

Luthe, T., Kägi, T., & Reger, J. (2013). A systems approach to sustainable technical product design: Combining life cycle assessment and virtual development in the case of skis. *Journal of Industrial Ecology*, 17, 605–617.

Müller, M., Wolfe, S.D., Gaffney, C. et al. (2021). An evaluation of the sustainability of the Olympic Games. *Nature Sustainability*, 4, 340–348.

Schneider, S., von Winning, A., Grüger, F., Anderer, S., Hoffner, R., Anderson, L. (2022). Physical activity, climate change and health—A conceptual model for planning public health action at the organizational level. *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 19(8), 4664.

UNESCO. (2020). *Education for sustainable development: A roadmap*. Paris. Abgerufen von <https://www.unesco.de>.

Wicker, P. (2019). The carbon footprint of active sport participants. *Sport Management Review*, 22(4), 513–526.

Wilby, R.L., Orr, M., Depledge, D., Giulianotti, R., Havenith, G., Kenyon, J.A., Matthews, T.K.R., Mears, S.A., Mullan, D.J., Taylor, L. (2023). The impacts of sport emissions on climate: Measurement, mitigation, and making a difference. *Annals of the New York Academy of Sciences*, 1519(1), 20–33.

Autoren: Fabian Sommer, Dirk Emtmann

1.8. Teilkonferenz Mobilität

Überblick

Die diesjährige Teilkonferenz Mobilität baut auf den Forderungen, Diskussionen und Ergebnissen der ersten Regionalen Klimakonferenz auf und fokussiert auf die Stärkung des Umweltverbunds, die Förderung kommunaler Vorbildfunktionen und die Etablierung einer nachhaltigen Mobilitätskultur. Ziel ist es, durch innovative Ansätze, gezielte Impulse und eine engere Vernetzung aller Akteure den Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Mobilitätsinfrastruktur in Oberfranken voranzutreiben.

Zentrale Forderungen

- **Attraktiver Umweltverbund:** Der ÖPNV muss als bedeutender Teil des Umweltverbunds weiterentwickelt werden und eine größere Priorität erfahren. Die kommunalen Aufgabenträger:innen brauchen einen finanziellen und nachhaltigen Handlungsspielraum, um einen attraktiven ÖPNV, eine gut funktionierende Rad- und attraktive Fußwegeinfrastruktur bereitstellen zu können. Die Entscheidungsträger:innen in Kommune Land und Bund brauchen den Mut, diesen Handlungsspielraum zur Stärkung des Umweltverbundes zu nutzen.
- **Kommune als Vorbild:** Die Kommunen sind aufgefordert, ihre Vorbildfunktion entschlossen wahrzunehmen und die Mobilitätswende aktiv zu gestalten, um eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Dabei ist auf eine gerechte Flächenverteilung sowie eine transparente und nutzenorientierte Kommunikation zu achten, die die positiven Effekte für Individuum und Gemeinschaft klar aufzeigt.
- **Zukunftsagentur nachhaltige Mobilitätskultur:** Die Veränderung des Mobilitätsverhaltens und von Mobilitätsmustern braucht gezielte Impulse und positive Beispiele. Wir empfehlen den flächendeckenden Aufbau und die Stärkung von Mobilitätsmanagements in Kommunen sowie Unternehmen. Zur besseren Koordination der vielfältigen Aktivitäten und Projekte zur Umsetzung der Mobilitätswende empfehlen wir die Einrichtung einer **Zukunftsagentur nachhaltige Mobilitätskultur in Oberfranken**. Die Agentur gibt Kommunen und Unternehmen Anreize und Unterstützung beim Aufbau eines kommunalen und betrieblichen Mobilitätsmanagements. Sie bringt Verwaltungen Ressort- und Ebenen übergreifend zusammen und vernetzt diese mit den Verkehrsbetrieben, VGN, zivilgesellschaftlichen Initiativen und einschlägigen Behörden, um den notwendigen Ausbau der Infrastruktur für nachhaltige Mobilität zu beschleunigen. Sie entfaltet Initiativen zur Veränderung der Mobilitätskultur im Rahmen eines mehrjährigen oberfrankenweites Modellprojekts.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Der Sektor Mobilität und Verkehr stößt nicht nur aus Sicht des Klimaschutzes an seine Grenzen. Die Fokussierung auf das eigene Auto als maßgebliches Verkehrsmittel verursacht Städten und Kommunen immer größere Schwierigkeiten. Der private und motorisierte Individual-Verkehr

(MIV) beansprucht in Städten und Ortskernen mehr und mehr öffentlichen Raum, im ländlichen Raum zerschneiden Straßen zunehmend die Landschaften. Überfüllte Straßen, volle Parkflächen, konstante Lärmbelastung, eine gravierende Luftverschmutzung und Feinstaubbelastung machen Städte nicht nur unsicherer und weniger lebenswert, sondern führen jährlich zu zahlreichen Erkrankungen und vorzeitigen Todesfällen. Das tägliche Mobilitätsverhalten ist dabei in die aktuellen gesellschaftlichen Strukturen und Funktionsmechanismen eingebunden, sodass durch die vorherrschende Schnelllebigkeit und den Wachstumszwang auch der Verkehr stärker zunimmt. Dabei zeigt sich, dass die derzeitigen Mobilitätssysteme nicht nur ineffizient sind, sondern auch nicht in der Lage, den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden. Ein zentraler Handlungsbedarf liegt in der Reduktion des MIV und der Förderung nachhaltiger Alternativen wie dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), dem Radverkehr und der Fußmobilität. Dies erfordert tiefgreifende strukturelle Veränderungen und politische Maßnahmen, die über kurzfristige Einzelinitiativen hinausgehen.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

- Thematischer Input: Aktivitäten zur Mobilitätswende in der Europäischen Metropolregion Nürnberg und zur Sektorenkopplung (Günter Finzel)
- Thematischer Input: Status Quo zur Franken-Sachsen-Magistrale (Patrick Leitl, Logistik Agentur Oberfranken)
- Vorstellung der sieben Forderungen aus dem letzten Jahr, anschließend haben sich die Teilnehmenden auf drei Themenbereiche geeinigt, die sie in der Teilkonferenz tiefergehend bearbeiten wollten
- Arbeit in drei Kleingruppen zu folgenden Themen: ÖPNV als Kommunalpflichtaufgabe, Struktur/Netzwerk von Mobilität in Oberfranken, gesellschaftliches Umdenken bei Verkehr
- In den Kleingruppen wurden Herausforderungen und notwendige Strategien diskutiert sowie die Inhalte der Forderungen festgelegt

AutorInnen: Lena Roth, Jermaine Hermann, Manfred Miosga

1.9. Teilkonferenz „Energie + Netze“

Netze am Limit – Müssen wir den Ausbau der Erneuerbaren (in Oberfranken) besser koordinieren?

Überblick

Ziel der Teilkonferenz „Energie + Netze“ war es, gemeinsam mit den Akteuren des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, insbesondere in Bezug auf Solarenergie, die Hürden und Hemmnisse in der Koordination beim Ausbau von Erzeugungsanlagen auf der einen Seite und des Netzausbaus auf der anderen Seite zu definieren und Lösungswege zu erarbeiten.

Zentrale Forderungen

- **Forderung 1:** Bessere Ausnutzung der vorhandenen Netze: Wir fordern die Bundesnetzagentur und den Gesetzgeber auf, die rechtlichen Einschränkungen der Netzbetreiber in der Kommunikation mit Kommunen und Anlagenerrichtern abzubauen und die Netzbetreiber zu berechtigen, freie Netzkapazitäten offenzulegen. Die Integration netzdienlicher Speicher ist einzubeziehen.
- **Forderung 2:** Schneller, material- und kosteneffizienter sowie umweltschonender Zubau von EE-Anlagen: Wir fordern den Gesetzgeber auf, eine frühzeitige Abstimmung zwischen Netzbetreibern, Kommunen, Anlagenerrichtern und großen Verbrauchern bezüglich Netz- und Standortplanung (EE und Speicher) zu ermöglichen.
- **Forderung 3:** Wir fordern Wirtschaft- und Umweltministerium, sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene auf, diese Koordinierungsaufgabe den Regionalen Planungsverbänden unter Mitwirkung der Netzbetreiber zuzuweisen und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir fordern Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag auf, diese Forderungen und deren Umsetzung zu unterstützen.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Das „Wind-an-Land“-Gesetz sowie der Ukraine-Krieg haben zu einer starken Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien geführt. Insbesondere der Solarausbau (private, kommunale und gewerbliche Dachfläche, aber vor allem von Freiflächen-PV-Anlagen) hat deutlich zugenommen. In Bezug auf Windenergie arbeiten die Regionalen Planungsverbände an der Fortschreibung der Ausbaupläne. In Bayern müssen 1,8% der Landesfläche für die Windenergie zur Verfügung gestellt werden. Der Regionale Planungsverband Oberfranken hat diese Aufgabe bereits abgeschlossen.

Im Höchstspannungsnetz haben unzählige Beteiligungsverfahren den Ausbau verzögert. Für alle Netzebenen haben gegensätzliche politische Aussagen von Regierung und Opposition zu den weiteren Umsetzungswegen der Energiewende zu Verzögerungen von Investitionen geführt. Übertragungsnetze, aber auch Verteilnetze bis hin zu Ortsnetzen, geraten nun durch den beschleunigten Ausbau der Anlagen an ihre Leistungsgrenzen (Flaschenhals). Gleichzeitig sind zeitnahe Absprachen zwischen Planern und Kommunen und den Netzbetreibern aufgrund gesetzlicher Vorgaben (u.a. Diskriminierungsfreiheit) nur sehr eingeschränkt möglich. Es droht

eine erneute Verzögerung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, dieses Mal aufgrund fehlender Netzkapazitäten.

Im Gegensatz zum Ausbau der Windkraft, die über die Regionalen Planungsverbände und die Privilegierung von Flächen gesteuert wird, verläuft der Ausbau der Photovoltaik komplett unkoordiniert. Durch die mangelnde Möglichkeit einer ausreichenden Absprache zwischen der Planungsseite der Anlagen und den Netzbetreibern drohen Fehlplanungen und erhebliche Mehrkosten. Eine Koordination ähnlich wie bei der Windkraft ist dringend erforderlich.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

Nach einer kurzen Definition des Problems, das in dieser Teilkonferenz adressiert werden sollte (durch Markus Ruckdeschel, Energieagentur Nordbayern), und einem Abgleich der Ziele der Gruppe (durch Barbara Cunningham) stellte TenneT (Markus Lieberknecht) die Situation bei den Übertragungsnetzen und anschließend Bayernwerk (Bernd Göttlicher) die bei den Verteilnetzen dar.

In der anschließenden Workshop- und Diskussionsphase wurden Hürden und Hemmnisse gesammelt und geclustert. Neben der Grundsatzfrage der Teilkonferenz nach der Notwendigkeit einer Koordination beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wurden hier auch Aspekte wie Bürokratie und Personalmangel in den Genehmigungsbehörden, aufwändige Genehmigungsverfahren, mangelnde Digitalisierung, Unsicherheit bei Wirtschaftlichkeit und in Planungsverfahren, mangelnde politische Unterstützung, fehlende zweckdienliche Anreizsysteme genannt, aber auch Themen wie zunehmende Flächenkonkurrenz, Biodiversität, Akzeptanz und die Rolle der Medien diskutiert. Die derzeitige Situation wurde als „Blackbox“ für Netzbetreiber und Projektierer beschrieben.

Im Anschluss wurde mit Fokus auf die Fragestellung der TK der Entwurf eines Forderungskatalogs kritisch diskutiert und mit den Teilnehmenden abgestimmt.

Ausblick RegioCOP 2025

- Leifragen/ Leitthemen: Status Ausbau und Koordinierung, Änderungen in den gesetzlichen Rahmbedingungen
- Methodik? Impulse und Workshop
- Wer sollte teilnehmen? Planer, Projektierer, Stadtwerke, Kommunen, Netzbetreiber, Behörden
- Etc.

AutorInnen: Barbara Cunningham, Dr. Andreas Michalka

1.10. Teilkonferenz Bauen 1

Stroh- und Lehmbau: Regionale und kreislauffähige Materialien

Überblick

Der Bausektor spielt eine entscheidende Rolle bei der Erreichung der Klimaziele und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Angesichts des hohen Energie- und Ressourcenverbrauchs etablierter Baumaterialien und ihrer umweltschädigenden Auswirkungen, ist es in diesem Sektor dringend notwendig, dass wir nachhaltige und kreislauffähige Praktiken und Materialien, wie Stroh und Lehm, in den Mittelpunkt der Bauaktivitäten stellen.

Zentrale Forderungen

- Wir wünschen uns Leuchtturmprojekte in Stroh-Lehmbauweise in Oberfranken. Deshalb fordern wir alle Auftraggeber öffentlicher Bauten dazu auf, diese in Strohballenbauweise durchzuführen (vgl. Holz-Stroh-Haus St. Wunibald am Kloster Plankstetten, inkl. Kindergarten) oder zumindest deren Potential dafür zu prüfen. Ebenso wünschen wir uns von der Wohnungsbauwirtschaft und vom kommunalen Wohnungsbau sich über die Möglichkeiten von Stroh- und Lehmbau zu informieren und diese Bautechniken im Planungsprozess zu berücksichtigen. Für den privaten Wohnungsbau fordern wir vom Bund, Freistaat Bayern und/oder der Regierung Oberfranken eine finanzielle Unterstützung von Modellprojekten in Stroh-Lehmbauweise. Speziell im Raum Oberfranken wünschen wir uns für diese Vorhaben auch eine ideelle Unterstützung von Politik und Verwaltung. Als konkretes Beispiel ist das Bauvorhaben „Projekt Hausland“ in Coburg-Scheuerfeld zu nennen. Weitere private Leuchtturmprojekte sind bereits in Planung. Alle Bürgerinnen und Bürger, die ein privates Bauvorhaben umsetzen wollen, laden wir dazu ein, sich zu Stroh- und Lehmbau von Fachleuten beraten zu lassen.
- Wir wünschen uns, dass das Anwendungsfeld Stroh- und Lehmbau in Oberfranken sozial-robust vertieft und entwickelt wird. Dazu braucht es eine finanzielle Förderung von regionalen Forschungs- und Entwicklungsprojekten zu Stroh- und Lehmbau durch den Freistaat Bayern und anderen Fördermittelgebenden. An der Hochschule Coburg und an der Universität Bayreuth gab es erste Forschungsvorhaben. Diese sollten ausgebaut, finanziell ausgestattet und fortgesetzt werden. Außerdem fordern wir von der Regierung Oberfranken eine Finanzierung und Durchführung von oberfrankenweiten Schulungen für Gewerke, Handwerkskammer, Berufsschullehrende, Bauverwaltung und Planende, um Fachkräfte in diesem Feld weiterzubilden. Zudem fordern wir Weiterbildungszuschüsse für private Schulungsangebote mit Qualifizierung zu Stroh- und Lehmbau.
- Wir brauchen eine oberfrankenweite Vernetzung von Fachleuten und Interessenten des Stroh- und Lehmbaus. Daher fordern wir eine finanzielle Unterstützung für das entstehende „Stroh-Lehm-Bau-Netzwerk Oberfranken“ (Arbeitstitel) zum Beispiel in Form einer bezahlten Netzwerkmanagementstelle oder zur Erstellung einer digitalen Netzwerkplattform. Außerdem braucht das Netzwerk Finanzmittel zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Vorteile von Stroh und Lehm im Bauwesen.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Der Bausektor ist einer der größten Verursacher von Treibhausgasemissionen und Ressourcenverbrauch weltweit. Schätzungen zufolge entfallen etwa 40% der CO₂-Emissionen in Deutschland auf Bau- und Gebäudeverwaltung (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. 2021). Trotz der Dringlichkeit in der Entwicklung nachhaltiger Baupraktiken und -technologien bleibt der Sektor hinter den notwendigen Zielen zurück. Viele Bauprojekte setzen nach wie vor auf konventionelle Materialien und Methoden, die nicht nur umweltschädlich sind, sondern auch soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten verstärken. Um die Klimaziele zu erreichen und eine nachhaltige Zukunft zu sichern, ist ein grundlegender Wandel in der Bauindustrie erforderlich.

Stroh und Lehm sind zwei herausragende Materialien, die eine Schlüsselrolle im nachhaltigen Bauen spielen können.

Stroh: Als Nebenprodukt der Landwirtschaft ist Stroh nicht nur kostengünstig, sondern auch CO₂-negativ, da es während des Wachstums CO₂ aus der Atmosphäre aufnimmt. Strohballen können als hervorragende Dämmmaterialien verwendet werden, die den Energieverbrauch von Gebäuden erheblich reduzieren. Zudem sind sie biologisch abbaubar und tragen zur Kreislaufwirtschaft bei.

Lehm: Lehm ist ein traditionelles Baumaterial, das in vielen Kulturen seit Jahrhunderten verwendet wird. Es ist lokal verfügbar, hat eine geringe Umweltbelastung und bietet hervorragende thermische Eigenschaften. Lehm reguliert die Luftfeuchtigkeit und sorgt für ein gesundes Raumklima. Darüber hinaus ist Lehm recycelbar und kann ohne großen Energieaufwand verarbeitet werden.

Um die Herausforderungen der Nachhaltigkeit im Bausektor zu bewältigen, ist es entscheidend, innovative Materialien wie Stroh und Lehm zu fördern und in den Baupraktiken zu verankern. Die Integration dieser Materialien kann nicht nur zur Reduzierung der Umweltauswirkungen des Bauens beitragen, sondern auch soziale und wirtschaftliche Vorteile bieten. Als regional verfügbare Produkte fördern sie regionale Wertschöpfungsketten, Vermeiden lange Lieferwege und können schadstofffrei produziert werden. Es ist an der Zeit, dass politische Entscheidungsträger, Bauunternehmen und die Gesellschaft als Ganzes die Vorteile dieser nachhaltigen Materialien erkennen und deren Verwendung aktiv unterstützen. Nur so können wir eine zukunftsfähige und nachhaltige Bauweise gewährleisten.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

In der Teilkonferenz Bauen 1 wurde an das 1. Netzwerktreffen für ein regionales „Stroh-Lehm-Bau-Netzwerk Oberfrankens“ angeknüpft an. Ziel des Netzwerks ist es dazu beizutragen, dass sich in Oberfranken Stroh und Lehm im Gebäudebau etabliert und sichtbar ist. Das Netzwerk bringt Fachleute und Laien zusammen, die sich für Stroh- und Lehm-bau interessieren und diesen in der Region fördern möchten. Es umfasst Handwerker, Architektinnen, Bauingenieure, Baustoffproduzentinnen, Landwirte, sowie Planende, Verwaltung, Politik und alle Menschen, die sich für Alternativen im Bauwesen einbringen möchten.

Die Teilkonferenz wurde genutzt, um das Netzwerk weiter zu festigen und konkrete Maßnahmen zu erarbeiten. Dabei wurden einige Forderungen der Teilkonferenz Bauen 2023 aufgegriffen und erste Umsetzungsstrategien entwickelt. Zuerst wurde über die Identität des

Netzwerks gesprochen. Wer steht hinter dem Netzwerk? Wo könnte es angegliedert sein? Welche Struktur braucht es? Dazu wurden erste Impulse gesammelt, aus denen nun ein Vorschlag erarbeitet werden kann, der beim nächsten Treffen abgestimmt wird. Anschließend wurde in Kleingruppen an unterschiedlichen Aspekten gearbeitet: Wie kann die Plattform vom Projekt Hausland in Coburg genutzt werden? Welche Möglichkeiten gibt es, um die Öffentlichkeit auf Stroh- und Lehm- und Lehmbau aufmerksam zu machen? Wer organisiert das nächste Netzwerktreffen? Wie möchte man sich digital vernetzen und darstellen?

In Coburg besteht die Möglichkeit das gemeinschaftliche (Wohn-) Projekt Hausland als Praxisplattform zu nutzen, um Wissen zu vermitteln und diese Bauweisen bekannter zu machen. In den nächsten Jahren sollen dort Lehm- und Strohbaupraktiken zu verschiedenen Techniken entstehen und mehrere experimentelle Kleingebäude errichtet werden. Dazu stellten Kamran Gollub und Matthias Wellhöfer-Weber im Rahmen der Teilkonferenz das Projekt vor und gaben eine Führung über das Areal.

Ausblick RegioCOP 2025

Was könnte in der nächsten RegioCOP Hauptinhalte der Teilkonferenz sein?

- Mögliche Leitthemen
 - Konzipierung von oberfrankenweiten Schulungen für Berufsschullehrende, Handwerkskammer, Bauverwaltung und Planende, um Fachkräfte in diesem Feld weiterzubilden
 - Stroh- und Lehm im Öffentlichen Bau – Informationsveranstaltung und Erfahrungsaustausch von Fachleuten und Politik
- Teilnehmende: Handwerker, Architektinnen, Bauingenieure, Baustoffproduzentinnen, Landwirte, sowie Planende, Verwaltung, Politik und alle Menschen, die sich für Alternativen im Bauwesen einbringen möchten.

Referenzen & relevante Literatur

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V (2021): Constructing Our Future. Planen. Bauen. Leben. Arbeiten. Eine Studie der Prognos AG mit Beiträgen von Fraunhofer IAO und Leonhard Obermeyer Center (LOC) im Auftrag der vbw, Stand Juli 2021. Abrufbar unter: https://www.vbw-zukunftsrat.de/downloads/2021/vbw_ZKR_2021_ConstructingOurFuture_Studie.pdf (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).

Michel, E (2023): Wohnen ist politisch. Ein wirkungsvolles Handlungsfeld in der lokalen Transformation. In: Miosga, M.; Marx, J.; Michel, E.; Roth, L. (Hrsg.): Wandel erfolgreich gestalten. Möglichkeiten und Ansätze regionaler Transformationsplattformen. München: oekom Verlag. S. 201-238.

AutorInnen: Elena Michel

1.11. Teilkonferenz Bauen 2

Klimaangepasstes Leben und Wohnen in Städten und Gemeinden

Überblick

Klimaanpassungen im Gebäudesektor sind in Städten besonders relevant, da hier oft ein Hitzeinsel-Effekt auftritt. Gebäudebegrünungen und Entsiegelungen können entscheidend dazu beitragen, dass Kommunen und Städte resilienter gegen Extremwetterereignisse werden. Eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen kann die klimatischen Herausforderungen beim Wohnen entschärfen.

Zentrale Forderungen

1. **Es sollen leicht zugängliche kommunale und bundesweite Förderprogramme aufgelegt** werden, die direkt Dach- und Fassadenbegrünungen, sowie Entsiegelungsmaßnahmen unterstützen. Zudem sollen bei Entsiegelungen oder nur Teilversiegelungen Steuererleichterungen greifen, wie bspw. die Reduzierung oder der Wegfall von Abwassergebühren.
2. **Kommunen sollen Freiflächengestaltungssatzungen als verbindliches Instrument im Baugenehmigungsverfahren anwenden.** So können z.B. Unternehmen und kommunale Projekte verpflichtet werden, Freiflächen und Flachdächer ab einer bestimmten Größe zu begrünen und den Versiegelungsgrad zu reduzieren.
3. **Es müssen kommunale Informationsstellen eingerichtet werden**, die über Begrünungsmöglichkeiten beraten, bspw. durch Vorträge, Websites, Personal, Broschüren, etc. Um Synergien zu erzeugen, soll die Beratung in Kooperation mit dem Bereich energetische Sanierung und Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien angeboten werden.

Weitere Forderungen

- **Die Bayerische Bauordnung (BayBO) soll in Art. 81 dahingehend ergänzt werden**, dass Gemeinden örtliche Bauvorschriften über Maßnahmen zur Klimaanpassung mittels grüner und blauer Infrastruktur erlassen können.
- **Die Bindungsfristen für neu gestaltete Plätze sollen überprüft werden.** Entspricht ein Platz nicht mehr den Ansprüchen der geänderten klimatischen Bedingungen, müssen auch größere Anpassungsmaßnahmen umsetzbar sein und Bindungsfristen entfallen.
- **Flächennutzungskonflikte sollen dadurch entschärft werden**, dass der Individualverkehrs reduziert und eine autofreie Innenstadt gefördert wird.
- **Eine Schwammstadt mit ausreichend grün-blauer Infrastruktur soll** durch Baumpflanzungen, Entsiegelungen, Wasserflächen und Pergolen gefördert werden.

- **Es müssen Pflege- und Wartungskonzepte entwickelt werden**, bspw. durch Verträge mit Dienstleistern und indem Instandhaltungskosten bereits in der Planungsphase berücksichtigt werden.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Handlungsnotwendigkeit:

Die Klimakrise erfordert, dass wir unsere Städte und Gemeinden neu denken müssen, denn die schon jetzt, und in Zukunft noch öfter auftretenden Extremwetterereignisse stellen uns vor große Herausforderungen. Egal ob Hitzewellen oder Starkregen, der Klimawandel ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass wir umfassende Anpassungsmaßnahmen ergreifen müssen.

Starkregen, Überschwemmungen und Sturzfluten werden in Deutschland häufiger und intensiver auftreten. In stark versiegelten urbanen Ballungsräumen, ist die Gefahr für Überschwemmungen durch Starkregen besonders hoch, da das Wasser nicht versickern kann und bei Überlastung der Kanalisation oberflächlich abfließt (Zentrum KlimaAnpassung).

Auch die **zunehmende Hitzebelastung** ist für Menschen, die in Städten leben, besonders hoch. Durch die hohe Wärmespeicherkapazität von Beton, Glas und Metall, geringer Luftzirkulation und geringerer Verdunstungskälte sind viele Städte vom sogenannten Hitzeinsel-Effekt betroffen. Selbst mit Klimaschutz werden Hitzetage in der oberfränkischen Mainregion im Mittel um 5,5 Tage zunehmen und ohne Klimaschutz könnten Hitzetage um 26 Tage zunehmen und sich mehr als vervierfachen. Die Folgen des Klimawandels machen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen dringend notwendig (LfU, 2022). Bereits 2018 gab es etwa 8700 hitzebedingte Todesfälle, in 2019 waren es 6900 und im Jahr 2020 etwa 3700 Hitzetote (Winklmayr, 2022).

Kontext:

Der Anteil der Menschen, die in Städten leben, steigt in vielen Regionen in Deutschland (Statistisches Bundesamt, 2024). Extremwetterereignisse treffen in Städten also immer mehr Menschen und führen zu zahlreichen gesundheitlichen, demographischen und sozio-ökonomischen Herausforderungen.

Handlungsmöglichkeiten/ Maßnahmen: Umso wichtiger ist es, umfassende Klimaanpassungen im Gebäudesektor vorzunehmen, damit die Lebens- und Wohnqualität in Zukunft erhalten bleibt und gefördert wird. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, um Klimaanpassungen im Gebäudesektor umzusetzen: verschiedene Formen der Gebäudebegrünung, Entsiegelung, Schaffung von Versickerungsflächen, objektnahe Baumpflanzungen, Dachbegrünungen und Dachgärten etc. Besonders das Prinzip der Schwammstadt geht die Herausforderungen von Hitze und Starkregen gleichermaßen an. Städte und Gemeinden werden so gestaltet, dass sie überschüssiges Wasser wie ein Schwamm vor Ort speichern können, um dieses bei Hitze wieder abzugeben (Umweltbundesamt). Um diesen Effekt zu erreichen, müssen Klimaanpassungen bei Neubauten standardmäßig berücksichtigt werden. Viele Maßnahmen sollten auch nachträglich an bestehenden Gebäuden und Plätzen umgesetzt werden.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

- Begrüßungsworte und Hinführung Ulf Boderius (Mitglied Steuerungskreis RegioCOP)
- Vortrag 1: Politische Konzepte und **Fördermöglichkeiten** (Ursula Sowa, Baupolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
- Vortrag 2: **Praktische Umsetzung von Gebäudebegrünungen** – Beispiele und Kosten ([Bundesverband Gebäudegrün e.V.](#))
- Begehung des **Josephsplatz**: Welche Umgestaltungen wären hier möglich?

Ausblick RegioCOP 2025

Was könnte in der nächsten RegioCOP Hauptinhalte der Teilkonferenz sein?

Leifragen/ Leitthemen:

- **Welche Gebäude erfüllen bereits die Ansprüche** von klimaangepasstem Bauen und klimaangepasster Begrünung?
- Welche Baustoffe sind unterstützen Klimaschutz und Klimaanpassung?
 - Wie weit ist **CO₂ neutraler Zement**?
 - Kann **Lehm als Baustoff** im Städtebau eine zentrale Rolle spielen?
 - Ist Holz ein Zukunftsrohstoff, der für Bauen ausreichend zur Verfügung steht?
- Wie weit ist Oberfranken in der Transformation zur **Schwammstadt/ Schwammgemeinde**?
- Können zunehmende Hitzewellen in Städten auch dazu führen, dass eine **Stadtflucht** entsteht?
→ Ein Abwandern in Wohngebiete an den Stadträndern und Umlandgemeinden, sind aus vielerlei Hinsicht klimaschädlich. Durch Errichtung von Neubauten und durch einen Anstieg des Individualverkehrs aus Gebieten mit nicht ausreichenden ÖPNV Angeboten, können CO₂ Emissionen zusätzlich erhöht werden.

Methodik?

- Besichtigung einzelner Objekte und Orte, zusammen mit den verantwortlichen Akteuren.
- Vorträge von Expert:innen
- Konkrete Ideensammlung für einen Ort der Transformation

Wer sollte teilnehmen?

- Politische Akteure wie Oberbürgermeister, Stadtrat, Dienststellenleitungen der verantwortlichen Ämter
- Anwohner:innen
- Vertreter:innen der Fachbereiche der Universität Bayreuth
- engagierte Akteure im Bereich Transformation (NGOs, Vereine, Verbände, etc.)

Referenzen & relevante Literatur

- Nicole Pfoser (2023): Grüne Fassaden, Verlag: Detail Praxis, ISBN: 978-3-95553-597-1
- Umweltbundesamt (2023): BAU-I-1 + 2: Wärmebelastung in Städten und Sommerlicher Wärmeinseleffekt, https://www.umweltbundesamt.de/monitoring-zur-das/handlungsfelder/bauwesen/bau-i-1_bau-i-2/indikator#bau-i-1-warmebelastung-in-stadten-fallstudie (17.11.2024).
- https://www.bayreuth.de/wp-content/uploads/2019/07/Vortrag_SR_2019-06-26_StadtklimaWandel_ProfThomas_gesch.pdf
- Bayerisches Landesamt für Umwelt (2022): Klima-Steckbrief für Oberfranken: Auswirkungen für Oberfranken und Betroffenheit für Kommunen
- Bayerisches Landesamt für Umwelt (2021): Bayerns Klima im Wandel - Klimaregion Mainregion

- <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-grossstadtregionen.html> (abgerufen 18.11.2024)
- Zentrum KlimaAnpassung <https://zentrum-klimaanpassung.de/wissen-klimaanpassung/klimawissen/starkregen/special-starkregen> (abgerufen 18.11.2024)
- Umweltbundesamt <https://www.umweltbundesamt.de/schwammstadt> (abgerufen 18.11.2024)
- Winklmayr, C. 2022. Heat-Related Mortality in Germany From 1992 to 2021. Medicine.

AutorInnen: Ulf Boderius, Hanna Fliegel, Ursula Sowa, Isabel Fischer, Thomas Pickel

1.12. Teilkonferenz Zivilgesellschaft

Sektorenübergreifend den Wandel voranbringen

Überblick

Die Stärke des zivilgesellschaftlichen Engagements für adäquate Klimaschutzmaßnahmen wird wesentlich mit darüber entscheiden, ob die Menschheit es schafft, die Klimakrise einzudämmen (1). Mangelnde lösungsorientierte Berichterstattung in den Medien sowie Desinformation und in der Folge auch rückläufiges Engagement erschweren den nötigen Wandel. Wesentliches Ziel dieser Teilkonferenz war es, Forderungen an Politiker:innen und andere Entscheidungsträger:innen zu erarbeiten, die sowohl wesentlich für die Eindämmung der Klimakrise sind als auch sektorenübergreifend, also nicht direkt die Inhalte der anderen Teilkonferenzen betreffend.

Zentrale Forderungen

- Wir fordern Bildungs- und Aufklärungsangebote zu Klima- und Umweltschutzmaßnahmen für die gesamte Bevölkerung (Kitas, Schulen, Volkshochschulen, Unternehmen, Broschüren). Dafür sollten Entscheidungsträger:innen in Politik und Verwaltung Finanzierungsmöglichkeiten schaffen und entsprechende Projekte anstoßen.
- Wir fordern, dass Politiker:innen und andere Entscheidungsträger:innen wissenschaftsbasiert und aktiv kommunizieren in Bezug auf die Dringlichkeit der Klimakrise und in Bezug auf adäquate Maßnahmen, die globale Erwärmung einzudämmen. Dabei sollten die folgenden Tatsachen immer deutlich ausgesprochen werden: Die globale Erwärmung ist zu 100 % menschengemacht und hauptsächlich durch Treibhausgas-Emissionen verursacht. Um die globale Erwärmung zu stoppen und einen gesellschaftlichen und ökonomischen Kollaps zu vermeiden ist ein rasches Erreichen von Netto-Nullemissionen überall nötig, also auch hier in unserer Region.
- Wir fordern von Politiker:innen und Verwaltungsmitarbeiter:innen eine Stärkung der Demokratiepraxis. Das heißt, die Möglichkeiten direkter demokratischer Beteiligung und zivilgesellschaftlicher Einflussnahme und Mitbestimmung sind entsprechend auszuweiten und wertzuschätzen.

Weitere Forderungen

- Wir fordern von Politiker:innen, eine verbindliche und dauerhafte Klimaschutzpolitik über Haushaltsjahre und Wahlperioden hinweg zu etablieren.
- Wir fordern von Politiker:innen und Verwaltungsmitarbeiter:innen mehr Entscheidungsmut, insbesondere auch den Mut, organisatorisch-juristische Grenzen auszutesten.
- Wir wünschen uns von kommunalen Politiker:innen und Verwaltungsmitarbeiter:innen einen regelmäßigen Dialog mit gemeinnützigen Initiativen und Vereinen (z. B. 2-mal jährlich)

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Wir befinden uns am Rande einer unumkehrbaren Klimakatastrophe (2). Dennoch wird die Lösung der Klimakrise häufig als nicht finanzierbares und im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Krisen als weniger drängendes Problem dargestellt. Schritte hin zu einer die globale Erwärmung eindämmenden Transformation gelten häufig als unpopulär. Dies liegt auch an mangelndem Wissen zu den Ursachen und Handlungsnotwendigkeiten. So sind sich weite Teile der Bevölkerung z. B. nicht darüber bewusst, dass Netto-Null-Emissionen für eine Konstanthaltung der globalen Temperaturen notwendig sind (3).

Zivilgesellschaftliches Engagement für adäquate Klimaschutzmaßnahmen und Klimagerechtigkeit wird jedoch entscheidend sein für zukünftige Entwicklungen (1). Die Zivilgesellschaft agiert sowohl als Treiberin des Wandels, indem sie gesellschaftliche Stimmungen und Meinungen formt, als auch als Kontrolleurin politischer und wirtschaftlicher Akteure. Einzelpersonen, Initiativen, Vereine und andere Organisationen wie auch Bündnisse können auf vielfältige Weise Druck auf Regierungen und Unternehmen ausüben, z. B. durch bewusste Konsumententscheidungen, Initiierung lokaler Klimaschutzprojekte, Aufklärungsarbeit, die Forderung nach konsequenten politischen Maßnahmen oder die Durchführung von Demonstrationen oder Protestaktionen, um die Dringlichkeit der Situation zu verdeutlichen. Insbesondere in Demokratien ist die Zivilgesellschaft eine mächtige Stimme, um sicherzustellen, dass Klimaschutzprioritäten nicht von den Interessen mächtiger Lobbyorganisationen verdrängt werden.

Nur durch das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft können die notwendigen strukturellen Veränderungen erreicht werden, um Netto-Null-Emissionen zu verwirklichen und die zahlreichen negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung zu minimieren.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

An der Teilkonferenz am 14. November waren folgende Organisationen vertreten (teilweise in Personalunion): Bamberger Klimaschutzbündnis, Bündnis für Klima- und Artenschutz Bayreuth, Foodsharing Kulmbach, GreenCampus, Greenpeace Bayreuth, KlimaKom, Klimastimmen Bayreuth, Omas gegen Rechts Bayreuth, Parents for Future Bayreuth, PRO Erlanger- & Bismarckstraße und Scientist Rebellion Bayreuth. Fünfzehn Personen nahmen teil.

Zu Beginn hielt Gesa Thomas, Klimaschutzmanagerin der Stadt Bayreuth, einen Impulsvortrag zum Thema „Gemeinsam den Wandel schaffen“. Anschließend wurden in Kleingruppen Vorschläge für Kernforderungen an Politiker:innen und andere Entscheidungsträger:innen erarbeitet. Diese wurden dann von den Kleingruppen vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Zuletzt erfolgte die Einigung auf die drei wichtigsten Kernforderungen.

Der ursprünglich geplante zweite Workshopteil zur Frage, welche Aktionsformate geeignet sind, den Forderungen Nachdruck zu verleihen, konnte aus zeitlichen Gründen nicht mehr durchgeführt werden.

Ausblick RegioCOP 2025

Mögliche Leitfragen/Leitthemen einer Teilkonferenz Zivilgesellschaft auf einer RegioCOP25:

- Bilanzziehen: wurden die Forderungen umgesetzt? Ist eine Aktualisierung erforderlich? Sind zwischenzeitlich andere Forderungen dringlicher?
- Welche Aktionsformate sind geeignet, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen?
- Notwendigkeit und Möglichkeiten der Unterstützung Ehrenamtlicher

- Hass und Gewalt in der Gesellschaft entgegenwirken

Methodik-Ideen (Alternativen):

- Teilnehmer bitten, ihre Gedanken zu vorab klar definierten Leitthemen vor der Teilkonferenz zu verschriftlichen und mitzubringen; diese Ideen in der Teilkonferenz diskutieren und zusammenführen
- Workshopformat mit Kleingruppenarbeit vor Ort wie gehabt

Teilnehmerkreis (Alternativen):

- Einzelne Engagierte aus der Zivilgesellschaft Oberfrankens, die sich für den nötigen Wandel hin zu der benötigten drastischen Senkung der anthropogenen Treibhausgasemissionen einsetzen (Ziel: Netto-Nullmissionen in den nächsten 5 bis 20 Jahren).
- Ganztägiges Vernetzungstreffen zwischen Klimaschutzbündnissen aus Oberfranken (z. B. am Samstag in der Mitte der RegioCOP25), mit Erarbeitung von Kernforderungen zu einer Leitfrage als ein Bestandteil

Sonstiges:

- Termin am späteren Nachmittag oder Samstag wählen für eine bessere Vereinbarkeit der Teilnahme ehrenamtlich Engagierter mit ihrem Beruf

Referenzen & relevante Literatur

Quellen:

1. Engels, Anita et al. (eds) (2023): Hamburg Climate Futures Outlook 2023. The plausibility of a 1.5°C limit to global warming – Social drivers and physical processes. Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS). Hamburg, Germany. URL: <https://www.cliccs.uni-hamburg.de/de/publications/hamburg-climate-futures-outlook-2023/download.html> (abgerufen am 17.11.2024)
2. Ripple WJ et al. (08.10.2024): The 2024 state of the climate report: Perilous times on planet Earth. *BioScience*, biae087. URL: <https://academic.oup.com/bioscience/advance-article/doi/10.1093/biosci/biae087/7808595> (abgerufen am 15.11.2024)
3. Seiffert, Sebastian (09.06.2024): Klimaschutz? Schutz vor dem Klima! URL: <https://sebastian-seiffert.net/articles/MmxwV-klimaschutz-schutz-vor-dem-klima> (abgerufen am 19.11.2024)

Als weiterführende Literatur empfohlen:

4. Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle (19.04.2024): Synthesebericht zum Sechsten IPCC-Sachstandsbericht (AR6) – Hauptaussagen aus der Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung (SPM). URL: https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-SYR.pdf (abgerufen am 15.11.2024)
5. Stefan Rahmstorf (09.2019): Klimawandel - Was, wenn wir nichts tun? URL: <https://www.zeit.de/video/2019-09/6087750314001/klimawandel-was-wenn-wir-nichts-tun> (abgerufen am 15.11.2024)

Autor:innen: Cornelia Huth, Jonathan Dörfler, Christina Kölking

E-Mail: klima_arten_schutz_BT@proton.me

1.13. Teilkonferenz Werte- und Bewusstseinswandel

Überblick

Die Teilkonferenz Werte- und Bewusstseinswandel beschäftigte sich mit der persönlichen Wertebasis für klimafreundliches Leben und Handeln, mit ihrer Entstehung auf dem eigenen Lebensweg und mit den Faktoren, die diese Basis stärken oder schwächen. Das sich Bewusstmachen der eigenen sowie der Beweggründe anderer im empathischen Gespräch kann ein wichtiges Werkzeug sein, um im Wirken für eine Transformation der Gesellschaft nicht den Mut zu verlieren - und um weitere Menschen auf diesem Weg mitzunehmen.

Zentrale Wünsche

Wir wünschen uns von Menschen, die sich für Klimaschutz einsetzen,

- dass sie sich ihre handlungsleitenden Werte bewusst machen. Sie sollen verstehen, wie sich diese Werte entwickelt haben und was sie heute stärkt oder schwächt - und dazu das empathische Gespräch mit anderen suchen. Das gegenseitige Verständnis für die persönlichen Beweggründe bestärkt darin, weiter klimafreundlich zu handeln.
- dass sie Ängste, Wut und Verzweiflung und damit verbundene innere Widerstände berücksichtigen, welche die Klimakrise in ihnen selbst und in anderen auslösen kann – und dass sie lernen, sowohl entschlossen als auch menschlich, verbindend und friedlich über diese schwierigen Themen zu kommunizieren.
- dass sie sich in der nächsten Zeit dringlich besonders hinter die Werte der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts stellen, weil diese die Grundlage für alles weitere ökologische Engagement bilden – und zunehmend gefährdet sind.

Weitere Wünsche/Anregungen

- Zur „Verzichtsdebatte“: Machen wir uns und anderen bewusst, auf wie vieles wir durch Klimawandel, Übernutzung und Artensterben schon heute verzichten müssen – und dass klimafreundliches Handeln zu einem Gefühl von Fülle und Zufriedenheit führen kann.
- Zum Faktor Zeit: Erhalten wir geduldig unsere Hoffnung lebendig, indem wir bereits stattgefundenene positive Veränderungen reflektieren und wertschätzen und den Zeitfaktor von gesellschaftlichen Transformationen im Blick behalten.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Viele sind sich der Klimakrise bewusst. Manche versuchen, sie zu ignorieren. Andere ändern ihr Verhalten, sind anders mobil, ernähren sich anders. Für manche wird der Kampf gegen die Klimakrise zum Lebensinhalt. Für die klimaschutz-aktive RegioCOP-Community haben wir die Frage nach der persönlichen Basis aufgeworfen: „Warum tun wir, was wir tun?“ Die Teilkonferenz diente dazu, sich gemeinsam und im Zwiegespräch der „Treiber“ wünschenswerten Tuns bewusst zu werden: Welche Werte, welches Bewusstsein liegt

klimafreundlichem Verhalten zugrunde? Was stärkt, was schwächt diese Grundlage? Und woher kommt sie?

Die uns leitenden Werte sind oft unbewusst wirksam, manchmal gibt es auch Diskrepanzen zwischen den uns leitenden Werten und dem tatsächlichen Handeln. Für ein nachhaltiges Leben in Zeiten, in denen die gesellschaftliche Unterstützung für klimafreundliches Handeln schwindet, braucht es Resilienz. Das Bewusstwerden und Stärken der eigenen Werte hilft, weiter „unpopulär klimafreundlich“ sprechen und handeln zu können, ohne sich beirren zu lassen. Das empathische Sprechen mit anderen über die eigenen Werte kann uns und andere sogar inspirieren und stärken – und im besten Fall Menschen zum Umdenken anregen und ein nachhaltiges Bewusstsein und Handeln fördern.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

In der dreistündigen Teilkonferenz wurde nach der Vorstellungsrunde eine kurze Einführung zu den Begriffen „Werte“ und „Bewusstsein“ gegeben. Es wurde erläutert, wie die Idee zur gesprächsorientierten Teilkonferenz entstand, und wie die neu entwickelte Interview-Handreichung und das Dokumentationsblatt für Zwiegespräche eingesetzt werden können.

Die Teilnehmenden wurden zufällig in Gesprächspaare aufgeteilt und hatten eine gute Stunde Zeit, sich in gemütlicher „Kaffeehaus-Atmosphäre“ zu interviewen. Anschließend wurde in der großen Runde zusammengetragen, wie die Gespräche erlebt wurden, wie unterschiedlich oder ähnlich die Antworten auf bestimmte Fragen ausfielen, und welche persönlichen Erkenntnisse sich ergaben.

Weiterführend wurde die Frage diskutiert, ob einzelne auf Basis der neuen Gesprächs-Erfahrung das Format weiter nutzen wollen, und welche Anregungen die Gruppe an die gesamte RegioCOP-Community weitergeben möchte. Aufgrund der persönlichen statt politischen Ebene des Themas wurden statt „Forderungen“ verschiedene „Wünsche“ formuliert, die sich an die bereits für Klimaschutz Aktiven richten. Die Wichtung erfolgte aus Zeitgründen im Nachgang bei der Verschriftlichung.

Ausblick RegioCOP 2025

Was könnte in der nächsten RegioCOP Hauptinhalte der Teilkonferenz sein? Diese Frage haben wir weder im Team noch im TK-Plenum besprochen, dementsprechend ist hier einfach eine erste Einzelidee genannt:

- Leifragen/ Leitthemen:
Empathische Umwelt- und Klimakommunikation. Wie sieht eine Kommunikation über Umwelt- und Klimathemen aus, die eine Bewusstwerdung auslöst und in tatsächlichen Handlungen und Empathie mündet?
- Methodik: Bewusste Kommunikation
- Wer sollte teilnehmen: Entscheidungsträger und andere Interessierte

AutorInnen: Sascha Jenke, Antje Ricken, Peter Hofmann, Birgit Thies

1.14. Teilkonferenz Kirche

Überblick

[vorläufige Entwurfsfassung]

Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche in Bayern arbeiten insbesondere im Energiemanagement daran, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dabei engagieren sich einige Kirchengemeinden und -mitglieder in ihrem Ehrenamt die Fakten und Daten zu erheben. Durch den christlichen Glauben lässt sich allerdings auch eine Schöpfungsverantwortung begründen und verstärkt die Rolle der kirchlichen Institutionen in der sozial-ökologischen Transformation.

Zentrale Forderungen

- Wir möchten die im Oktober/November 2024 neu gewählten Kirchenvorstände/ Kirchenverwaltungen und die bestehenden Pfarrgemeinderäte in Oberfranken dazu anhalten, sich der Bewahrung der Schöpfung anzunehmen. Das bedeutet, dass in den jeweiligen Gremien Bewusstseinsbildung zu mehr Schöpfungsverantwortung stattfindet und die Erkenntnisse in die Gemeinden getragen werden. Bestehende Initiativen in Oberfranken, wie zum Beispiel das Bündnis für Klima- und Artenschutz Bayreuth, können entsprechendes Wissen vermitteln.
- Wir fordern die Landesebene der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (evangelischen Gemeinde) bzw. die Erzdiözese Bamberg auf, den Kirchengemeinden Planungssicherheit sowie langfristige Strukturen für ihr Umweltmanagement zu bieten und gleichzeitig hemmende bürokratische Strukturen abzubauen. Klima- und Artenschutz, gerechtes Umbauen und Umdenken vor Ort weckt bei vielen Menschen Ängste und Unsicherheit, wegen der finanziellen Herausforderungen und dem Verlassen gewohnter Strukturen. Hier fordern wir die ELKB auf Landesebene, bzw. die Erzdiözese Bamberg auf, ihre Strukturen zu ändern, um dem kirchlichen Seelsorgeauftrag begleitend nachzukommen.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Im Querschnittsthema der Glaubensgemeinschaft lassen sich einige Zusammenhänge zur Klimakrise und der damit zusammenhängenden Handlungsnotwendigkeit finden. Dabei haben die Entwicklung in der Energiewende, Mobilitätswende und Ernährungswende einen Einfluss auf das konkrete Gemeindeleben. Zusätzlich lässt sich auch ein übergreifender Ansatz bei christlichen Glaubensgemeinschaften finden. Viele Menschen, die sich der christlichen Tradition verbunden fühlen, haben ihren Zugang zum Thema nachhaltiges Leben daher über den Schöpfungsbegriff und eine entsprechende Schöpfungsverantwortung in ihrem Leben verankert. Kirchliche Gemeinschaften haben auch in der Vergangenheit zu gesellschaftlichem Wandel beigetragen und Verantwortung übernommen. Auch für das Voranschreiten der sozial-ökologischen Transformation sind die Glaubensgemeinschaften ein wichtiger Akteur.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

- Thematischer Input: Das Klimaschutzgesetz der Evangelischen-lutherischen Kirche in Bayern
- Thematischer Input: Suffizienz als kirchlicher Beitrag!?
- Vorstellung der Forderungen aus dem vergangenen Jahr
- Diskussion der diesjährigen Forderungen

Autorin: Lena Roth

1.15. Teilkonferenz Hochschule

Überblick

[vorläufige Entwurfsfassung]

In der Vorbereitung zur Teilkonferenz Hochschule wurde das Thema „Energie & Gebäude“ als ein wichtiger Schlüsselpunkt zur Klimaneutralität an Hochschulen identifiziert. Die Konferenz baute auf den Ergebnissen aus dem vergangenen Jahr auf, wobei dort auch eine erste Übersicht zu den Themenbereichen Ernährung, Mobilität sowie Forschung und Lehre erarbeitet wurde. Besonders wichtig war es zudem, den Austausch zwischen den oberfränkischen Hochschulen zu initiieren.

Zentrale Forderungen

- Es braucht dringend eine konsequente Ausrichtung der „Anlage S“ des Haushaltsplanes für das Ministerium für Wissenschaft und Kunst auf energetische Sanierung und energieeffiziente Neubauten mit klimaschonenden Baumaterialien, damit die Hochschulen in Bayern bis 2040 klimaneutral werden können.
- Wir entschließen uns, den Austausch zwischen den oberfränkischen Hochschulen weiterzuerfolgen und in bestehenden Austauschrunden Nachhaltigkeit verstärkt zu integrieren.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

„Universitäten und Hochschulen erforschen die wissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels, seine gesellschaftlichen Ursachen und Auswirkungen und die technischen und regulatorischen Lösungen. Gleichzeitig bilden sie die nächste Generation an Wissenschaftlern, Wissenschaftlerinnen und Fachkräften aus, die mit den Folgen des Klimawandels leben müssen. Es ist auch die intergenerationelle Gerechtigkeit, die es mit Klimaschutzmaßnahmen zu schützen gilt. Die Universitäten und HAWs wissen dabei über ihren eigenen Klima-Fußabdruck Bescheid, denn die meisten Hochschulen haben inzwischen ein Nachhaltigkeitskonzept und erstellen Treibhausgasbilanzen. Die Hochschulen wollen und müssen in Sachen Klimaschutz vorangehen und sie wollen auch über die in der „Rahmenvereinbarung Hochschulen“ gemäß des Hochschulinnovationsgesetzes gesetzten Ziele hinausgehen, wie etwa das Positionspapier von Universität Bayern e.V. zeigt. Die Universitäten und HAWs stehen auf diesem Weg jedoch vor besonderen Herausforderungen, denn allein können sie diesen Weg nicht bestreiten. Der Freistaat trägt beispielsweise die Verantwortung für die Gebäudesanierung und zahlreiche staatliche Vorgaben im Bereich Beschaffung, Auftragsvergabe, Dienstreisen oder Energieversorgung engen die Spielräume der Hochschulverwaltungen für nachhaltigere Entscheidungen ein.“ (aus dem offenen Brief: Klimaneutraler Hochschulbetrieb 2040: <https://www.bayceer.uni-bayreuth.de/s4f/de/top/oz/>, Scientists for Future).

Der seit 19. November veröffentlichte offene Brief der Scientists for Future baut auf den Ergebnissen der letztjährigen RegioCOP auf und zeigt auf, dass die Hochschulen ihrer Verantwortung zur Klimaneutralität nachkommen möchten. Dazu braucht es allerdings Unterstützung durch die bayerische Staatsregierung, damit den Hochschulen ein schneller Emissionsreduktionspfad ermöglicht wird. Gleichzeitig wird an den Hochschulen bereits an Maßnahmen und Umsetzungen zur Energieeinsparung gearbeitet.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

Zunächst wurde ein kurzer Überblick zur „Energieversorgung/-effizienz UBT“ durch den Leiter der Zentralen Technik gegeben. Hierbei wurde einerseits der Energieverbrauch der Hochschule und andererseits Maßnahmen zur Energieeinsparung dargestellt. Offensichtlich wurden auch die immensen Herausforderungen bei der energetischen Sanierung der Hochschulgebäude. Prof. Dr. Mario berichtete aus der Arbeit zum Integrierten Klimaschutzkonzept und Klimaschutzmanagement der Hochschule Coburg. Anschließend wurde in zwei Kleingruppen diskutiert. Einerseits ging es dabei um finanzielle Unterstützung bei der energetischen Sanierung auf ministerieller Ebene und andererseits war die Vernetzung der oberfränkischen Hochschulen im Fokus

Autorin: Lena Roth

1.16. Teilkonferenz Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Bildung einer BNE-Bildungslandschaft Oberfranken

Überblick

Ziel der Teilkonferenz „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ ist das Bildungskonzept BNE in einer Bildungslandschaft für Oberfranken (vgl. Grafik) zu verankern. Das übergeordnete Ziel von BNE ist, dass alle Menschen befähigt werden, sich den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen verantwortungsvoll zu stellen. Durch BNE werden die dafür notwendigen Kompetenzen entwickelt, wie System-, Bewertungs- und Handlungskompetenz. Stellvertretend für die verschiedenen Zielgruppen/Akteur:innen (s. Grafik) hat sich in Bayreuth in BNE-Netzwerk für ganz Oberfranken gegründet. Ziel ist es, das Netzwerk und die Angebote beständig auszubauen.

Zentrale Forderungen

- Bildung für nachhaltige Entwicklung soll Eingang in die Leitbilder von Bildungsinstitutionen, Kommunen, Unternehmen, Kirchen, öffentlichen Einrichtungen, Verbänden und Medien finden.
- Für den Ausbau, die Koordination und die Verstetigung der BNE-Bildungslandschaft Oberfrankens braucht es BNE-Manager:innen für Städte und Landkreise.
- Ausreichende und flexible finanzielle Mittel für die BNE-Manager:innen sowie einen regionalen Fördertopf für die Umsetzung verschiedener BNE-Bildungsangebote und Projekte sind erforderlich.

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Ausgehend von den komplexen Herausforderungen unserer Zeit (z.B. diffuse Machtarchitekturen, vernetzte Kommunikationsinfrastruktur, Anthropozän/Novozän, weltwirtschaftliche Verflechtungen), die sich durch faktische und ethische Komplexität auszeichnen, bedarf es einer grundlegenden Veränderung von Bildung. Dies soll durch eine strukturelle Verankerung von BNE in Oberfranken gelingen.



Grafik © Nicola Mattern "Visualisierung der Bildungslandschaft Oberfranken"

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

In den Teilkonferenzen „BNE“ wurden in einer „Zukunftswerkstatt“ die Wünsche, Visionen und Probleme im Kontext der BNE-Bildungslandschaft gesammelt, welche im Anschluss geclustert wurden. Im Weiteren wurden Good-Practice Beispiele zusammengestellt und Handlungsmöglichkeiten, die realistisch erreichbar sind, ausgearbeitet.

Ausblick RegioCOP 2025

- Vorstellung der BNE-Manager:innen
- Weiterer Ausbau der BNE-Bildungslandschaft Oberfranken
- Weitere Finanzierung der BNE-Bildungslandschaft Oberfranken

Referenzen & relevante Literatur

- BNE-Kompetenzzentrum (2024): <https://www.bne-kompetenzzentrum.de/de/modellkommunen> (06.11.2024)
- BNE-Kompetenzzentrum (2024): Gebündeltes Wissen zur BNE-Strukturentwicklung auf Kommunalen Ebene <https://www.bne-kompetenzzentrum.de/de/aktuelles/gebundeltes-wissen-zur-bne-strukturentwicklung-auf-kommunaler-ebene> (6.11.2024)
- BNE-Kompetenzzentrum: Was ist eine BNE-Bildungslandschaft <https://www.bne-kompetenzzentrum.de/de> (6.11.2024)
- UN Department of Economic and Social Affairs Sustainable Development Goals <https://sdgs.un.org/goals>

AutorInnen: BNE-Netzwerk Bayreuth (netzwerk@bne-bildungslandschaft.de)